

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 21. Juni 2010, 18.30 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 23 und 24 vom 10. und 17. Juni 2010 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden über dies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Aeschlimann Martin
Stimmzähler	Herren Gnehm Urs und Rosser Bruno
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschbacher Yves, Bachmann Véronique, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bucher Theophil, Buser Madeleine, Friedli Daniel, Grimm Christoph, Gübeli Thomas, Haller Dieter, Ingold Rolf, Jakob Beat-U. (ab Trakt. 1), Kalbermatten Susanne, Keller Hansjörg, Kummer Brigitte, Leibundgut Remo, Messerli Niklaus, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Niederhauser David, Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja (ab Trakt. 6), Rappa Francesco, Rascher Barbara, Reusser Gabriele, Ritter Michael, Rüfenacht Andrea, Schäppi Evelyne, Steinmann Christine (ab Trakt. 6), von Arb Peter, Wyss Christoph und Zaugg-Jost Christine
Entschuldigt	Damen Heimgartner Gaby und Kuster Müller Beatrice Herren Dubach Roland und Eberhard Werner
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Kolb Martin, Kummer Hugo, Probst Andrea, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 29. März 2010	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Kommission für Soziales; Ersatzwahlen	Seite	4
5. Kreditabrechnungen	Seite	4
a) Steinhofstrasse; Sanierung Strasse und Kanalisation		
b) Landverkauf Zeughausstrasse 1 inkl. Parkplatz		
6. Geschäftsbericht 2009; Beratung und Genehmigung	Seite	5
7. Stellungnahmen und Abschreibungsanträge des Gemeinderates zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen	Seite	10
8. Sanierungsstrategie 2011	Seite	16
9. Gemeinderatsreform	Seite	22
10. Auftrag Fraktion der Grünen Freien Liste Burgdorf betreffend Erhalt der Steuereinnahmen	Seite	26
11. Motion SP-Fraktion betreffend „Sichere Radwegverbindung Viehmarktplatz – untere Altstadt“	Seite	26
12. Motion SP-Fraktion betreffend „EnergieWendeBurgdorf: Strategie zum Atomausstieg und Umstieg auf erneuerbare Energien“	Seite	27
13. Postulat FDP-Fraktion betreffend Überprüfung des Einsatzes von Sozialinspektorinnen und –inspektoren in Burgdorf	Seite	28
14. Interpellation SP-Fraktion betreffend Nutzung der Alten Sägegass-Turnhalle als Veranstaltungsort	Seite	29
15. Interpellation SP-Fraktion betreffend Überbauung Uferweg	Seite	29
16. Interpellation Michael Ritter (FDP) betreffend Zukunft der städtischen Liegenschaft Kornhausgasse 12 (ehemaliges Jugendhaus)	Seite	29
17. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	30

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Gnehm Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 33 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Jakob Beat-U. und Stadträtinnen Pieren Nadja und Steinmann Christine treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin teilt mit, dass die heutige reich befrachtete Stadtratssitzung mit viel Disziplin angegangen werden muss, damit möglichst alle Traktanden behandelt werden können. Eine Sitzungsdauer von vier Stunden ist machbar. Es gibt jedoch zwingende Geschäfte, die heute Abend behandelt werden müssen. Aus diesem Grund stellt der Vorsitzende den Antrag, die Traktanden 7 und 9 abzutauschen. Damit wäre sichergestellt, dass alle Traktanden, die heute Abend zwingend behandelt werden müssen, auch behandelt werden. Die weiteren Traktanden, die notfalls verschoben werden müssten, könnte man auf die Stadtratssitzung im August verschieben. Im August ist eine Informationssitzung des SR vorgesehen.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig bei 1 Enthaltung die Änderung der Traktandenliste.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 29. März 2010

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 29. März 2010.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er die zwei neuen Mitglieder des SR, Herren Aeschbacher Yves, SP, und Niederhauser David, EDU.

Der Vorsitzende teilt mit, dass per Ende Juni 2010 vier Mitglieder des SR ihre Demission eingereicht haben. Es sind dies Stadtrat Grimm Christoph und Stadträtinnen Steinmann Christine, Zaugg Christine und Rascher Barbara. In den SR nachrutschen werden Frau Grimm Walter Ines, Herr Sägesser Heinz, Frau Schütz Barbara und Herr Weber Werner. Den abtretenden Mitglieder dankt der Vorsitzende für ihren Einsatz und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute. Der Vorsitzende informiert, dass die Broschüre von Pro Velo Burgdorf aufliegt. Die Stadt Burgdorf hat ja bekanntlich den Preis für die velofreundlichste Stadt gewonnen. Wer Interesse an der Broschüre hat, kann sich bedienen. Im Weiteren mahnt der Vorsitzende die GFL-Fraktion betreffend den diesjährigen Stadtratsausflug.

Stadträtin Kalbermatten Susanne, namens der GFL-Fraktion, teilt an dieser Stelle mit, dass der Stadtratsausflug am Donnerstag, 26. August 2010 ab 16.30 Uhr unter dem Motto „Stadtrat in Bewegung“ stattfindet. Die Einladung folgt so rasch als möglich.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über das Evaluationsverfahren zum Schloss sowie über die geplante Stadtseite in der Wochenzeitung D'Region. Das Evaluationsverfahren zum Schloss Burgdorf wurde ausgeschrieben. Bis Ende Mai 2010 hatten interessierte Personen Zeit um ihre Ideen einzureichen. Es sind fünf sehr gute Bewerbungsdossiers eingegangen. Die Bewerbungsdossiers beinhalten

eine grosse Bandbreite von möglichen Nutzungen. Diese Nutzungen haben zum Teil auch Realisierungspotenzial. Die Bewerbungen werden von einer Projektleitung genauer angeschaut. Die Projektleitung wird sich ebenfalls mit den einzelnen Teams treffen. Danach wird die Projektleitung einen Antrag stellen und Empfehlungen herausgeben, welche Bewerbung vertieft weiterverfolgt werden soll. Am Schluss wird ein Projektausschuss das ganze nochmals anschauen. In der zweiten Hälfte im August wird der Gemeinderat (GR) entscheiden, welche Bewerbung weiter empfohlen wird. Die Stadt Burgdorf arbeitet eng mit dem Kanton zusammen. Der GR wird mit dem Kanton das weitere Vorgehen besprechen. Weitere Informationen dazu erfolgen eventuell mittels Medienmitteilung. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über die geplante „Stadtseite“ in der Wochenzeitung D'Region ab dem 15. September 2010. Es geht dabei um die verbesserte Informationspolitik der Stadt Burgdorf. Die Stadtseite soll mindestens viermal jährlich erscheinen. Je nach Bedarf erscheint die Stadtseite auch öfters. Die Stadtseite enthält verschiedene Elemente, unter anderem einen Fokusartikel, der Themen beleuchtet, die für die Bevölkerung von Interesse sind und von den Medien gering aufgenommen wurden. Weiter einen Bericht zur Positionierung der Stadt Burgdorf im Emmental und verschiedene kleinere Rubriken.

4. Kommission für Soziales; Ersatzwahlen

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschlussanträge:

1. Der Stadtrat wählt Frau Judith Osterberger Brodbeck, Zedernweg 13, Burgdorf, SP, als Mitglied der Kommission für Soziales.
2. Der Stadtrat wählt Frau Dora Abegglen, Dammstrasse 4, Burgdorf, SP, als Mitglied der Kommission für Soziales.
3. Der Stadtrat wählt Frau Brigitte Martinelli, Steinhof 7, Burgdorf, SVP, als Mitglied der Kommission für Soziales.
4. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat wählt einstimmig bei 1 Enthaltung die Damen Judith Osterberger Brodbeck, Dora Abegglen und Brigitte Martinelli als Mitglieder der Kommission für Soziales.

5. Kreditabrechnungen

a) Steinhofstrasse; Sanierung Strasse und Kanalisation

Seitens der GPK, des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschlussantrag

Die Kreditabrechnung für das Projekt Steinhofstrasse, Sanierung Strasse und Kanalisation, abschliessend mit einem Kostenaufwand von Fr. 3'294'883.55, Minderkosten von Fr. 822'116.45 und Nettokosten von Fr. 3'160'688.55, wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

b) Landverkauf Zeughausstrasse 1 inkl. Parkplatz

Seitens der GPK, des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschlussantrag

Die Kreditabrechnung über den Landverkauf Zeughausstrasse 1 inkl. Parkplatz mit Einnahmen von Fr. 1'600'000.00 wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

6. Geschäftsbericht 2009; Beratung und Genehmigung

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass der SR den vierten Geschäftsbericht unter NPM behandelt. Es ist, wie allen bekannt, die Verschmelzung von Verwaltungsbericht und Jahresrechnung. Im Votum wird der Geschäftsbericht 2009 in folgenden drei Schwerpunkte abgehandelt: Verwaltungsbericht, Ergebnisprüfung und Jahresrechnung. Am 17. Mai 2010 führte die GPK in einer ganztägigen Veranstaltung die Ergebnisprüfung durch. Am 3. Juni 2010 behandelte die GPK im Rahmen der ordentlichen Sitzung den gesamten Geschäftsbericht. Als Auskunftspersonen standen die Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth, der Stadtschreiber Schenk Roman und der Leiter Finanzdirektion Hofer Peter Red und Antwort. Die GPK verabschiedete ebenso den Bericht zur Ergebnisprüfung, welcher in den Grundlageakten zur Einsicht beilag. Der vierte Geschäftsbericht unter NPM ist ein weiter gereiftes Produkt. Der Grundaufbau hat sich bewährt. Er ist gut strukturiert, übersichtlich und informativ. Die Darstellung ist gut. In Feinarbeit wurde er weiter verbessert. Zu erwähnen sind hier die Nummerierung der Wirkungs- und Leistungsziele, was die Arbeit mit dem Geschäftsbericht wesentlich erleichtert. Oder auch die kleingedruckten Fussnoten, die zu jedem Zeitpunkt aufzeigen, wo man gerade im Bericht steckt. Solche kleine Verbesserungen können und sollen in den nächsten Jahren weiter einfließen. Die GPK hat diesbezüglich bei der Besprechung verschiedene Anregungen dazu gemacht. Die Kommentare der einzelnen Direktionen innerhalb ihrer Produktegruppen sowie im Anhang sind homogener geworden. Es hat sich ein gewisser Standard eingestellt, der in den nächsten Jahren in Feinarbeit noch weiter verbessert werden kann. Prägnante Kommentare sind zum Verständnis des Berichtes absolut notwendig. Redaktionelle Kommentare von Seiten der GPK sind im GPK-Protokoll ersichtlich, über welches die Fraktionspräsidenten verfügen. Aus diesem Grund muss an dieser Stelle nicht auf diese redaktionellen Kommentare und Empfehlungen der GPK eingegangen werden. Zusammenfassend aber, macht die redaktionelle Grundstruktur des Geschäftsberichtes Freude, ebenso der Inhalt. Mit diesem Bericht erhält der Leser mit wenig Zeitaufwand viele Informationen, über das was im Jahr 2009 in Burgdorf alles geschehen ist. In diesem Sinne dankt die GPK der gesamten Verwaltung und allen Angestellten der Stadt Burgdorf für ihre geleistete Arbeit. Gemäss Artikel 121 der Gemeindeverordnung setzt die Gemeinde ein Organ ein, das die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung überprüft. In der Stadt Burgdorf ist diese Aufgabe mit Artikel 36 Absatz 4 im Organisationsreglement des SR der GPK übertragen. Hauptaufgabe ist es, jährlich die Berichterstattung über die Zielerreichung zu prüfen und den SR über das Prüfergebnis zu informieren. Die GPK überprüft im Rahmen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung. Es handelt sich dabei um eine Nachprüfung von abgeschlossenen Vorgängen. Es geht darum zu prüfen, ob die Daten über die Standards und Indikatoren richtig erhoben, erfasst, zusammengestellt, ausgewertet und kommentiert werden. Die Erkenntnisse der GPK werden in einem Bericht zusammengefasst. Gegenüber den Vorjahren wurde die Ergebnisprüfung um zwei Elemente erweitert. Die GPK hat überprüft, ob und in welcher Weise unsere Empfehlungen der Vorjahre umgesetzt wurden. Im Weiteren hat die GPK versucht, sich ein Bild über die NPM-Steuerung zu verschaffen. Wie bereits erwähnt, erfolgte die Ergebnisprüfung am 17. Mai 2010 in einer ganztägigen Veranstaltung. Die GPK hat drei Prüfteams gebildet und insgesamt sechs Produktegruppen unter Beizug von Auskunftspersonen der entsprechenden Direktion der Stadtverwaltung überprüft. Um einen guten Querschnitt zu erzielen, hat die GPK von jeder Direktion, ausser der Bildungsdirektion, eine Produktegruppe ausgewählt und überprüft. Die Bildungsdirektion wurde noch nicht geprüft, weil im August ein Besuch anlässlich der Verwaltungskontrolle geplant ist. Die GPK wurde von allen Direktionen sehr freundlich empfangen, es herrschte volle Transparenz. Die Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung verlief sehr konstruktiv. Die GPK dankt der Verwaltung und den Auskunftspersonen für ihre Kooperationsbereitschaft. Die Ergebnisse wurden protokollarisch festgehalten. Am Nachmittag wurde der Gesamtkommission mündlich Bericht erstattet. Die GPK hat danach die Ergebnisse beraten, gewürdigt, Empfehlungen ausgearbeitet und das Ganze in einem Bericht festgehalten. Der Bericht konnte bei den Grundlageakten zu dieser Stadtratssitzung eingesehen werden. Bei der GPK entstand dieses Jahr der Eindruck, dass hinsichtlich der Weiterentwicklung von NPM in der Stadt Burgdorf eine Stagnation eingetreten ist. Zwischen den Direktionen sind immer noch deutliche Unterschiede in der Handhabung der NPM-Instrumente zu verzeichnen. Dies hat sich bei der diesjährigen Prüfung zum Beispiel in der unterschiedlichen Handhabung der internen Verrechnung von Leistungen gezeigt, welche die Direktionen gegenseitig erbringen. Die GPK empfiehlt darum einen umfassenden Erfahrungsaustausch zu NPM in der gesamten Verwaltung. Dies im Sinne einer konstruktiven Standortbestimmung zu NPM. Im Laufe der letzten vier Jahre hat es sich verschiedentlich gezeigt, dass einzelne Wirkungs- und Leistungsziele sowie die dazugehörigen Indikatoren für eine

zielorientierte Steuerung ungeeignet sind. Anpassungen dieser Ziele und oder deren Indikatoren sind zu einem kleinen Teil erfolgt. Spätestens für den Voranschlag 2011 sollten diese Ziele mit ihren Indikatoren vollständig überarbeitet und angepasst sein. Da der GR die genaue Struktur der Produktgruppen bestimmt, ist es seine Aufgabe, durch geeignete Weisungen und Vorgaben für ein einheitliches und transparentes Verfahren zur Anpassung von Zielen und Indikatoren zu sorgen. Die zur Leistungsmessung von verschiedenen Direktionen durchgeführten Befragungen sind teilweise zu unprofessionell oder weisen statistisch zu kleine Grundgesamtheiten auf, um aussagekräftig zu sein. Hier muss überlegt werden, ob nicht andere, bessere Befragungsmöglichkeiten eingesetzt werden können. Als Folge von Police Bern mussten im Bereich der Sicherheitsdirektion Änderungen im Aufbau und der Ablauforganisation vorgenommen werden, was klare Auswirkungen auf die NPM-Struktur hatte. Nach Auffassung der GPK sollten diese Erfahrungen ausgewertet werden, damit bei künftigen Reorganisationen, die für die NPM-Steuerung massgeblichen Fragen rechtzeitig vorbereitet und bearbeitet werden können. Aus der Ergebnisprüfung sind neun Empfehlungen für die gesamte Stadtverwaltung und insgesamt drei weitere Empfehlungen für die Produktgruppen 24, 30, 41 und 61 entstanden. Diese sind im Bericht aufgelistet. Die Mitglieder des SR konnten diesen Bericht bei den Grundlageakten einsehen. Die GPK bestätigt, dass der Geschäftsbericht, also die Berichterstattung des GR unter Vorbehalt der im Bericht aufgeführten Punkte aussagekräftig und richtig ist. Von Seite der Ergebnisprüfung beantragt die GPK den Geschäftsbericht des GR zu genehmigen. Die Rechnung 2009 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 1.6 Mio. Franken, aber doch um 2.2 Mio. Franken besser als budgetiert. Das Defizit kann noch mit dem vorhandenen Eigenkapital aufgefangen werden. Dieses verringert sich auf 6.5 Mio. Franken. Bei der Finanzierung findet sich ein Fehlbetrag von 10.8 Mio. Franken. Dieser Fehlbetrag fällt aber doch noch um 5.2 Mio. Franken besser aus als budgetiert. Die budgetierte Neuverschuldung von 16.2 Mio. Franken konnte um 4.7 Mio. Franken kleiner gehalten werden. Mit einer notwendigen Verschuldung von 11.5 Mio. Franken erhöhten sich die Schulden auf den neuen Bestand von 67.5 Mio. Franken. Zusammenfassend gesagt, weist die Jahresrechnung 2009 in allen Punkten rote Zahlen auf. Das ist nicht gut. Will man doch noch etwas Positives zur Rechnung sagen, dann handelt es sich im Vergleich und Bezug zum Budget 2009 jedoch um ein gutes Ergebnis. Weitere wesentliche Zahlen und Erklärungen finden sich im Geschäftsbericht auf den Seiten 32 bis 45. An dieser Stelle macht es keinen grossen Sinn von Seite der GPK zusätzliches zu den Zahlen und zur Rechnung zu sagen. Darauf wird sicher Gemeinderat Urech Peter als zuständiger Vertreter des GR eingehen. Die GPK möchte sich zuerst bei den Auskunftspersonen Stadtschreiber Schenk Roman und Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion sowie Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth bedanken, die geduldig, ausführlich und sehr kompetent alle kritischen Fragen der GPK beantwortet haben. Im Weiteren möchte sich die GPK für die umsichtige Führung und die übersichtliche Rechnung bei allen in der Finanzdirektion und bei allen Beteiligten, die zum guten Ergebnis beigetragen haben, bedanken. Die GPK empfiehlt dem SR einstimmig, die Beschlussanträge des GR von Seite 263 des Geschäftsberichtes und damit den Geschäftsbericht 2009 zu genehmigen.

Gemeinderat Urech Peter informiert, dass bereits alles wesentliche von der GPK gesagt wurde. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth wird im Anschluss noch die Ergebnisprüfung kommentieren. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 1.6 Mio. Franken. Damit schliesst die Rechnung um 2.2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Auf den ersten Blick erscheint dies als eine grosse Differenz zum Budget. Die Differenz macht jedoch bei einem Umsatz von 90 Mio. Franken ungefähr 2.4% aus. Dies kann als Rundungsdifferenz betrachtet werden. Die Differenz zum Budget ist mit dem Mechanismus des Disparitätenabbaus. Der Disparitätenabbau ist ein Instrument beim Finanzausgleich zwischen steuerschwachen und steuerstarken Gemeinden im Kanton Bern. Die Stadt Burgdorf rechnete mit einem Beitrag von Fr. 600'000.--, hat aber einen Betrag von Fr. 900'000.-- zurück erhalten. Das Eigenkapital beträgt per 31. Dezember 2009 immer noch 6.5 Mio. Franken. Dies ist eine Reduktion gegenüber dem Vorjahr um 1.6 Mio. Franken. Gemeinderat Urech Peter orientiert über die diversen Abweichungen zum Budget. Minderkosten sind im Lastenausgleich Sozialhilfe von Fr. 610'000.-- zu verzeichnen. Mehrkosten von 1.3 Mio. Franken sind bei den Personalkosten auszumachen. Diese höheren Personalkosten sind auf den höheren Teuerungsausgleich sowie die Zusatzkosten im Bereich Pensionskassenbeiträge zurückzuführen. Bei den Pensionskassenbeiträgen mussten höhere Sanierungsbeiträge bezahlt werden. Die Verwaltungskosten müssen neu von der Stadt Burgdorf übernommen werden. Zudem musste der Stellenetat der Sozialdirektion aufgrund der steigenden Fallzahlen von Sozialhilfeempfänger erhöht werden. Diese Mehrkosten sind letztlich kostenneutral, da diese in den Lastenausgleich gegeben werden können. Bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen konnte ein Mehrertrag von rund 1.1 Mio. Franken erzielt werden. Diese erfreuliche Entwicklung ist leider nicht auf eine geplante Zunahme aus dem laufenden Jahr, sondern in erster Linie auf

eingegangenen Steuern aus Vorjahren zurückzuführen. Hinsichtlich der Steuergesetzrevision, welche per 1. Januar 2011 in Kraft treten wird, wurde vorsichtshalber eine weitere Rückstellung von 0.5 Mio. Franken gebildet. Der Rückgang bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen hat sich bereits beim Budgetprozess 2009 abgezeichnet. Es wurden Rückstellungen von Fr. 700'000.-- vorgenommen. Es ist eine Abnahme gegenüber dem Budget von 10% zu verzeichnen. Die Rückstellung wurde vorgenommen, weil allfällige Rückzahlungen aus provisorischen Veranlagungen in diesem oder nächstem Jahr erfolgen. Die passiven Schulden haben um 15% auf 92 Mio. Franken zugenommen. Die Neuverschuldung beträgt netto 11.5 Mio. Franken. Prognostiziert war im Budget eine Zunahme von 16.2 Mio. Franken. Dies resultiert aus dem besseren Ergebnis der laufenden Rechnung und der tieferen Nettoinvestitionen. In die Infrastruktur der Stadt Burgdorf ist von den budgetierten 16.1 Mio. Franken rund 14.2 Mio. Franken investiert worden. Dies entspricht einer Ausschöpfung von 88%.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth dankt der GPK für ihre seriöse Arbeit. Die GPK hat sich sehr intensiv und vertieft mit NPM in der Stadt Burgdorf befasst. Der Ergebnisbericht der GPK hat den GR nicht beunruhigt, aber er gibt dem GR Anlass diesen genauer anzuschauen. Es sind nützliche Hinweise im Ergebnisbericht der GPK vorhanden. Die Geschäftsleitung wird sich mit den Hinweisen befassen und damit beschäftigen. Es soll herausgefunden werden wo Handlungsbedarf besteht. Es ist sinnvoll, wenn die einzelnen Indikatoren überprüft werden. Die Geschäftsleitung ist aufgefordert, die Indikatoren anzuschauen und wenn nötig anzupassen. Die GPK hat dazu den genauen Hinweis gegeben wo im speziellen Handlungsbedarf besteht. Der GPK wird für ihre Arbeit gedankt. Der GR nimmt die Empfehlungen ernst und wird auch angemessen darauf reagieren. Es kann aber nicht sein, dass ein Perfektionismus angestrebt wird. Es muss ein Instrument bleiben, das sich wandelt und sinnvoll ist. Die Verwaltung soll sich nicht in Perfektionismus üben und sich selber damit beschäftigen.

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst sollen sich die Sprecher über den Geschäftsbericht im Allgemeinen äussern und im Anschluss folgt die Detailberatung.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der vierte Geschäftsbericht eingehend diskutiert wurde. Der Geschäftsbericht wird immer besser. Es handelt sich zwar noch nicht um ein Buch wie aus einer Buchhandlung, aber der Geschäftsbericht ist spannend. Die Qualität hat sich verbessert und Änderungswünsche sind eingeflossen. Die Form ist ansprechend und lesbar. Der Geschäftsbericht beinhaltet auch interessante Statistiken. Bei den Legislaturzielen sollte man sich jedoch einige Fragen stellen. Es stellt sich die Frage, ob und wie sinnvoll die Umsetzung von gewissen Projekten und Aufträgen angesichts der knappen finanziellen Mittel sind. Auch mit dem um 2.2 Mio. Franken besseren Abschluss besteht immer noch ein Aufwandüberschuss von 1.6 Mio. Franken. Dieser kann zwar noch mit dem Eigenkapital gedeckt werden, aber irgendwann ist damit Schluss. Die finanzielle Lage hat sich nicht markant verbessert. In Zukunft wird es noch entscheidender sein, wo und wie man zum Wohle von Burgdorf investieren will. Die Zeiten von schönen Zukunftsprojekten mit einer möglichen späten Realisierung sind endgültig vorbei. Der Blick auf den Finanzplan und die mittel- und langfristigen Schulden sowie die prognostizierten Mindereinnahmen bei den Steuern in den kommenden Jahren zeigt, dass eine grosse Aufgabe wartet und mit Sicherheit im SR zu Diskussionen führen wird. Ein Anfang diesbezüglich ist mit der Sanierungsstrategie gemacht. Die SP-Fraktion wird sich bei der Detailberatung zu einzelnen Leistungs- und Wirkungszielen äussern. Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht 2009 zu. Der Antrag 1 wird zur Kenntnis genommen und die Anträge 2 und 3 werden genehmigt.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass mit Freude festgestellt wurde, dass die Kirchturmuhre auf dem Titelbild nicht 5 vor 12 zeigt, sondern 12.30 Uhr. Die SVP-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht zur Kenntnis und stellt mit einer gewissen Befriedigung fest, dass der Aufwandüberschuss wieder einmal erheblich positiver ausfällt als budgetiert. Der Präsident der GPK und der GR haben die wichtigsten Eckdaten bereits präsentiert. Die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung und den Verantwortlichen für die Erstellung des umfangreichen, aber nachvollziehbaren Geschäftsberichtes. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, dass über die drei Anträge des GR einzeln abgestimmt wird. Die SVP-Fraktion ist bei den einzelnen Anträgen zu unterschiedlichen Meinungen gekommen. Die SVP-Fraktion wird den Geschäftsbericht 2009 im Sinn der Ziffer 3 der Anträge des GR genehmigen. Die SVP-Fraktion wird sich jedoch der Stimme enthalten, wenn es um die Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite des GR gemäss Ziffer 1 geht. Bei der Nachkreditabelle fällt auf, dass die Mehraufwände praktisch ausschliesslich mit höheren Personalkostenverrechnungen begründet

werden. Abgesehen des kostenintensiveren Winterdienstes, die entsprechenden Prognosen liegen leider ausserhalb der Stadtratskompetenz, muss eigentlich angenommen werden können, dass diese Ausgaben besser, beziehungsweise genauer budgetiert werden können. Immerhin geht es dabei um einige Hunderttausend Franken. Fast so viel wie die vom GR geplante Erhöhung der Liegenschaftsteuer. Die SVP-Fraktion sagt nein zur Genehmigung der Überschreitungen der Voranschlagskredite gemäss Ziffer 2. Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass eine Ablehnung nichts bringt. Man will jedoch ein klares Zeichen setzen. Die SVP-Fraktion kann die Überschreitungen nicht einfach so akzeptieren. Zu bestimmten Punkten wird sich die SVP-Fraktion bei der Detailberatung äussern.

Antrag SVP

Über die Anträge des Gemeinderates einzeln abstimmen.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass man sich eingehend mit dem Geschäftsbericht 2009 befasst hat. Der Geschäftsbericht wird lesbarer und allgemein aussagekräftiger. Das Resultat muss man zur Kenntnis nehmen. Die Bewirtschaftung der Indikatoren ist so eine Sache. Es muss schwierig sein die Indikatoren entsprechend zu formulieren. Indikatoren, welche nicht beeinflusst werden können, sollten besser nicht im Geschäftsbericht aufgenommen werden. Die GFL-Fraktion stellt sich zudem die Frage, wie die Ergebnisse erhoben werden. Die Indikatoren müssen überdenkt und die Aussagekraft gesteigert werden. Die Bedenken und Vorbehalte der GFL-Fraktion gegenüber NPM haben sich dadurch bestätigt. Die GFL-Fraktion dankt den Verantwortlichen für die geleistete Arbeit. Weitere Bemerkungen folgen bei der Detailberatung.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass man sich mit dem Geschäftsbericht auseinander gesetzt hat und dankt dem GR und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Zum Geschäftsbericht wurde bereits viel gesagt. Es sind klare Verbesserungen bei der Berichterstattung festzustellen. Der Präsident der GPK hat bereits betreffend der Übersichtlichkeit darauf hingewiesen, dass dies positiv ist und so weitergefahren werden muss. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass das markant kleinere Defizit zwar positiv ist, aber relativiert werden muss. Das Eigenkapital der Stadt Burgdorf schmilzt einfach etwas weniger schnell. Hier werden noch Schwierigkeiten auf uns zukommen. Die FDP-Fraktion hat zur Rechnung nichts zu bemängeln. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen. Die FDP-Fraktion wird sich bei einem Punkt in der Detailberatung wieder melden.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, dankt den Verantwortlichen für den ausführlichen Geschäftsbericht. Ein spezieller Dank gilt Herrn Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, für die übersichtlichen und lesbaren Zahlen. Die Qualität von einzelnen Kommentaren ist noch steigerungsfähig. Die Begründung beim Punkt 30 Personalaufwand in der Artengliederung und die Erläuterungen von Gemeinderat Urech Peter reichen nicht. Beim Personalaufwand wird nur die Abweichung von Fr. 800'000.-- begründet. Die Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr betragen jedoch rund 2 Mio. Franken, was genau 9.6 % entspricht. Die Zahlen und den Kommentar findet man auf den Seiten 41 und 46. Beim Personalaufwand erwartet die BDP-Fraktion mehr Klarheit.

Stadtrat Jakob Beat, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass bereits viel gesagt wurde. Die EVP-Fraktion hat sich hie und da gewisse Fragezeichen gesetzt. Die EVP-Fraktion unterstützt jedoch die Anträge des GR. Die EVP-Fraktion würdigt im speziellen die übersichtliche und ausgezeichnete Abfassung.

Gemeinderat Urech Peter möchte zur Aussage von Stadtrat Leibundgut Remo und Stadtrat Wyss Christoph Stellung beziehen. Die Begründungen bei den Nachkrediten bestehen tatsächlich im Wesentlichen darin, dass die Teuerung von 2.3 % zusätzlich ausgeglichen wurde. Zudem handelt es sich um die bereits erwähnten Sanierungsbeiträge. Dies wirkt sich auf jede Produktegruppe aus. Gegenüber dem Budget beträgt der Mehraufwand 1.3 Mio. Franken. Wenn die Zahlen aber mit den Vorjahren verglichen werden, ist der Mehraufwand höher. Dazu muss erwähnt werden, dass dieser Mehraufwand neue Stellen wie die Schulsozialarbeit beinhaltet.

DETAILBERATUNG

(Seiten bzw. Produktgruppen ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Seite 106-141

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, möchte am Beispiel der Baudirektion zwei bis drei Konkretisierungen betreffend der Ziele und Indikatoren anfügen. Bei den Spielplätzen ist als Ziel aufgeführt, dass Kontrollen durchgeführt werden. Dies wurde offenbar gemacht und das Ziel ist erfüllt. Als Leser fragt man sich, ob die nötigen Massnahmen getroffen wurden. Beim Abfall und der Entsorgung wurde das Ziel erreicht. Die Abfalltouren wurden immer gemäss Plan durchgeführt. Es gibt aber in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit vielleicht dringendere Probleme als die genaue Durchführung der Abfallrouten. Die Bekämpfung des zunehmenden Problems von Littering ist ein wichtiges und zentrales Thema. Bei der Stadtentwicklung ist das Ziel bezüglich einer zukunftsfähigen Entwicklung mit 0 % Veränderung beim Reaudit angegeben. Bekanntlich ist Stillstand Rückschritt. Prompt wurde ein Minus von 5 % erreicht. Es kann doch nicht sein, dass wir nicht mehr erreichen wollen. Die Sicherheit wird gemessen an der Anzahl Haftpflichtfälle und den einmal jährlich durchgeführten Kontrollen der Signalisation sowie der Einhaltung der Leistungserstellungsfristen beim Winterdienstfahrplan. Diese Leistungen sind erfüllt oder sogar übertroffen. Trotzdem kam es zu einem Todesfall. Es wird sogar vermutet, dass dieser Todesfall in Zusammenhang mit dem Winterdienst steht. Es ist innert kurzer Zeit der zweite Todesfall einer Velofahrerin auf Burgdorfs Strassen. Es gibt also Handlungsbedarf. Es sind vier Beispiele, die besonders ins Auge gestochen sind. Es ist bekannt, dass die Ziele und Indikatoren zuerst im Budget korrigiert werden müssen. In diesem Sinn ist man gespannt auf den nächsten Geschäftsbericht. Die GFL-Fraktion hofft auf einige Korrekturen und Anpassungen.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, möchte die Sprecher bitten, bei ihren Voten die entsprechende Seitenzahl anzugeben damit man der Diskussion folgen kann.

Gemeinderat Kummer Hugo interveniert auf die gemachten Anschuldigungen betreffend den Winterdienst. Der Todesfall auf der Sägegasse ist bedauerlich. Der Unfall hat jedoch nichts mit dem Winterdienst zu tun. An diesem Morgen hat es sehr stark geregnet und die Temperatur lag nicht unter dem Gefrierpunkt. Die Verkehrssituation war gefährlich. Es hat aber nichts mit dem Winterdienst zu tun. Die Mitarbeitenden müssen deshalb in Schutz genommen werden. Die Anschuldigung kann nicht unbeantwortet bleiben.

Stadtrat Bucher Theophil teilt mit, dass er an besagtem Morgen beim Unfall vorbei gefahren ist und an diesem Morgen hat es geschneit. Es steht nun halt Aussage gegen Aussage. Stadtrat Bucher Theophil hat diesen Morgen klar anders erlebt.

Seite 142-151

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, spricht ein ähnliches Thema an wie Stadtrat Bucher Theophil. Auf der Seite 146 beim Wirkungsziel WZ 30/1 steht der Indikator etwas quer in der Landschaft. Woher die Zahl kommt, ist ebenfalls nicht ersichtlich. Mit diesem Indikator bekundet man grosse Mühe.

Seite 168-191

Stadtrat Haller Dieter, namens der SP-Fraktion, stellt fest, dass die Bildungsdirektion mit der Angebotspalette auf dem richtigen Weg ist. Der Bericht über die Bildungsdirektion fällt ganz anders aus als zum Beispiel der über die Sozialdirektion. In der Sozialdirektion ist auch von den Herausforderungen die Rede wie zum Beispiel über die Schwierigkeiten zur Erbringung der Dienstleistung an den Klienten. In der Bildungsdirektion steht in diesem Sinn etwas wenig. Es ist die Rede von dem Projekt Integration und als Superlative vermerkt, dass Burgdorf eine der ersten Gemeinden ist, welche das Projekt umgesetzt hat. Hier fehlt jedoch der Hinweis, wie mühsam die Umsetzung für die Schulleitung und Lehrkräfte war. Der Bericht lebt zu wenig. Stadtrat Haller Dieter hat eine Idee für die Indikatoren und betrifft die Kinderbetreuung auf der Seite 177. Burgdorf erhält zwar mehr Geld vom Kanton, aber warum wird nicht erläutert. Der Indikator sollte auf die Anzahl Plätze für die einzelnen Altersgruppen und deren Auslastung sowie die Kosten hinweisen. Für die Steuerung wäre es eine zentrale Grösse, wenn steht wie teuer ein Platz pro Tag oder Stunde. Zudem sollte ersichtlich sein wie die Kosten auf den

Kanton, die Gemeinde und Eltern verteilt werden. Die Handhabung erscheint einfach und hätte mehr Substanz.

Stadträtin Kalbermatten Susanne teilt mit, dass sie als Lehrerin im Gsteighof unterrichtet und zeigt dem SR ein provokatives Poster, welches im Lehrerzimmer aufgehängt ist. Im Geschäftsbericht steht, dass das Datenverwaltungsprogramm iCampus einwandfrei funktioniert. Diese Aussage stimmt aber nicht. Im 2009 hat das Programm absolut nicht funktioniert. Es ist selten vorgekommen, dass man von der Verwaltung eine korrekte Liste erhalten hat. Dadurch haben die Lehrkräfte einen grossen administrativen Aufwand. Auf das Wirkungsziel WZ 50/1 hat die Verwaltung keinen Einfluss. Das Überbrückungsangebot ist keine Lösung, sondern eine Übergangslösung und müsste auch einbezogen werden. Auf das Wirkungsziel WZ 50/2 hat die Verwaltung und Schule ebenfalls keinen Einfluss und ist deshalb auch ungeeignet. Gemäss Aussage von Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth soll es ein flexibles Arbeitsinstrument sein und deshalb hofft Stadträtin Kalbermatten Susanne auf entsprechende Korrekturen und Anpassungen. Im Moment ist das Pestalozzischulhaus nicht die einzige Baustelle. Die Lehrkräfte wollen auch in Zukunft ihren Beruf mit Freude ausführen. Die Unterstützung der Verwaltung ist deshalb gefragt.

Seite 192-217

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man über gewisse Kostenüberschreitungen gestolpert ist. Diese werden damit begründet, dass es viele personelle Fluktuationen auf der Sozialdirektion gab. Wenn es nun das erste Mal gewesen wäre, hätte man keine Bemerkungen gemacht, aber bereits letztes Jahr ist diese Begründung im Geschäftsbericht aufgefallen. Der GR wird gebeten, seine Aufgaben und Verantwortung in der Personalführung wahrzunehmen. Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, aber wenn es zu Kostenüberschreitungen führt, ist eine Bemerkung erlaubt. Die personellen Wechsel haben zu Stirnrunzeln geführt.

Beschlussanträge

1. Von den in der Kompetenz des Gemeinderates bewilligten Nachkrediten in den Produktgruppen 10, 12, 13, 24, 41, 42, 50, 53 und 60 wird Kenntnis genommen.

Der Stadtrat genehmigt mit 28 Ja Stimmen bei 8 Enthaltungen den Beschlussantrag 1.

2. Die Überschreitungen der Voranschlagskredite in der Jahresrechnung in den Produktgruppen 10, 12, 13, 24, 41, 42, 50, 53 und 60 werden genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt mit 23 Ja und 8 Nein Stimmen bei 5 Enthaltungen den Beschlussantrag 2.

3. Der Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde Burgdorf mit Jahresrechnung 2009, die mit einem Aufwandüberschuss von 1'627'640 Franken abschliesst, wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung den Beschlussantrag 3.

7. Stellungnahmen und Abschreibungsanträge des Gemeinderates zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass jedes Jahr ein grosses Dokument mit den noch nicht erfüllten Vorstössen und Aufträgen abgegeben wird. Es wird manchmal schwierig, wenn der SR oder GR den Wortlaut abändert und man nicht mehr weiss, was eigentlich gilt. Ein Beispiel ist der Vorstoss 15. Es ging einmal um einen Schulbus und plötzlich um den Pedibus. Die GPK musste ein altes Stadratsprotokoll hervorholen. Die GPK wünscht deshalb, dass nicht nur der Wortlaut, sondern auch der abgeänderte und überwiesene Wortlaut aufgeführt wird. Damit wird es zwar noch mehr Papier geben, aber die Handhabung und Übersichtlichkeit wäre einfacher.

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Vorstoss 1

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass der Auftrag bereits um zwei Jahre verlängert wurde und deshalb nicht weiter verlängert werden kann. Die GPK schlägt einstimmig vor, den Auftrag als nicht erfüllt abzuschreiben.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth ist damit einverstanden und schliesst sich dem Antrag der GPK an. Es war geplant, ein Leitbild zu entwickeln. Dies musste jedoch im Rahmen der Sanierungsstrategie zurück gestellt werden. Das Anliegen wurde in der Zwischenzeit wieder aufgenommen und soll nach den Sommerferien gestartet werden. Der GR hat in der Stellungnahme die Verzögerung begründet. Es ist deshalb in Ordnung, wenn der Auftrag als nicht erfüllt abgeschrieben wird. Der GR wird das Anliegen aber erfüllen.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig den Auftrag als nicht erfüllt abzuschreiben.

Vorstoss 2

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass der Auftrag als nicht erfüllt abzuschreiben sei.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth ist damit einverstanden und schliesst sich dem Antrag der GPK an.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig den Auftrag als nicht erfüllt abzuschreiben.

Vorstoss 3

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, stört sich an der Art und Weise, wie der Auftrag behandelt wurde. Es hat seitens der GPK zu zusätzlicher Arbeit geführt, weil gewisse Fragen gestellt wurden. Der GR hat sich für das Vorgehen entschuldigt. Die GPK hofft, dass sich ein solches Vorgehen nicht wiederholen wird. Es fragt sich deshalb, was der Auftrag für einen Sinn macht, wenn dieser nicht erfüllt wird. Es muss eine gewisse Verbindlichkeit vorliegen. Die GPK schlägt deshalb vor, den Auftrag als teilweise erfüllt abzuschreiben.

Stadtrat Haller Dieter teilt mit, dass der Sprecher der GPK bereits alles wichtige gesagt hat. Die jährlichen Informationen und Verschiebungen sind sehr unbefriedigend. Im Jahr 2006 hat der SR den Auftrag einstimmig überwiesen. Stadtrat Haller Dieter ist auch resigniert und überlegt sich, ob er sich weiterhin auf ein Auftragsgeschäft einlassen soll. Bei diesem Auftrag handelte es sich mehr um eine Übung.

Stadtrat Keller Hansjörg teilt mit, dass der Auftrag nicht aufrechterhalten werden kann, weil er nicht erfüllt wird. Eine weitere Fristverlängerung ist ebenfalls nicht möglich. Beim Auftrag handelte es sich auch um einen Lernprozess, bei dem alle mitmachen müssen. Solche Fehler dürfen nicht mehr gemacht werden. Der Auftrag kann wegen den Fristen nicht weiter aufrechterhalten bleiben, sondern muss zwingenderweise abgeschrieben werden. Falls jemand mit diesem Vorgehen Mühe bekundet, bleibt nichts anderes übrig als einen neuen Vorstoss zu formulieren und einzureichen.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth entschuldigt sich nochmals für den nicht korrekten Ablauf. Dabei handelt es sich nicht um die Regel, sondern um die Ausnahme. Der SR wurde vertröstet und hat sich immer wieder überzeugen lassen. Der Ablauf des Auftrages ist definitiv nicht gut gelaufen. Es hat während der Behandlungsfristen auch einen Wechsel an der entsprechenden Stelle gegeben. Der GR hat mit der GPK abgesprochen, dass gewisse Aufträge Richtliniencharakter haben und der SR dem GR eine entsprechende Empfehlung abgeben kann. Somit handelt es sich auch nicht um einen verbindlichen Beschluss. Die GPK und der GR haben abgemacht, dass künftig bei der Beantwortung der Vorstösse und Aufträge darauf hingewiesen wird, welchen Charakter diese haben. Dieses Vorgehen stellt auch eine Transparenz für den SR dar. Der GR hofft, dass in Zukunft dies nicht mehr vorkommt.

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Ja Stimmen den Auftrag als teilweise erfüllt abzuschreiben.

Vorstoss 4

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass das Postulat schon seit längerer Zeit hängig ist und auch nicht erneut verlängert werden kann. Die Umsetzung müsste eigentlich bis am 18. September 2010 erreicht werden. Es wurde noch keine gesetzeskonforme Standortplanung mit den gewünschten Planungszonen erstellt. Der GR antwortete, dass bei der nächsten Baueingabe etwas unternommen wird. Bis jetzt wurde jedoch nichts gemacht. Vermutlich ist auch seitens der Planungszonen nichts gemacht worden. Das Postulat muss deshalb als nicht erfüllt abgeschrieben werden.

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen das Postulat als nicht erfüllt abzuschreiben.

Vorstoss 5

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass kein Gegenantrag vorliegt.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 6

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass kein Gegenantrag vorliegt.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Motion so schnell wie möglich umgesetzt werden soll.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 7

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass es sich um einen politischen Entscheid handelt.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich der finanziellen Situation der Stadt Burgdorf bewusst ist. Trotzdem ist die SP-Fraktion für die Aufrechterhaltung des Postulats. Die entstehenden Kosten durch das Postulat sind relativ gering. Die Mittel tragen nachhaltig dazu bei, dass im Umweltbereich Kosten gespart werden können. Der ÖV muss mehr gefördert werden.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass bei einer Aufrechterhaltung das Postulat im September 2010 abläuft. Deshalb sollte eine Fristverlängerung um zwei Jahre beantragt werden.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, dankt für den Tipp. In diesem Sinn wird die Fristverlängerung beantragt.

Antrag SP

Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre

Der Stadtrat beschliesst mit 19 Ja und 15 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 8

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass der Vorstoss bis im September nicht erledigt sein wird. Deshalb beantragt die GPK mit 4 zu 3 Stimmen die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Antrag GPK
Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 9

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre unterstützt wird.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig bei 2 Abwesenheiten die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 10

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass man sich dem Antrag des GR anschliesst.

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung und 2 Abwesenheiten die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 11

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass man sich einstimmig dem Antrag des GR anschliesst.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig bei 2 Abwesenheiten die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 12

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass man sich einstimmig dem Antrag des GR anschliesst.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 13

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass die Reglemente bereits einmal im SR traktandiert wurden. Damals wurden dermassen viele Änderungen eingereicht. Die Reglemente werden hofentlich diesen Herbst im SR erneut traktandiert. Der Auftrag kann aufrecht erhalten bleiben, muss aber nicht verlängert werden.

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Vorstoss 14

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass der Punkt 2 erfüllt und der Punkt 1 eigentlich noch nicht erfüllt ist. Die GPK beschliesst mit 4 zu 3 Stimmen sich dem Antrag des GR anzuschliessen.

Stadtrat Grimm Christoph informiert, dass das kantonale Energiegesetz sowieso einen Richtplan verlangt und daher die Stadt Burgdorf ohnehin einen erstellen muss.

Der Stadtrat beschliesst grossmehrheitlich die Abschreibung des Auftrages.

Vorstoss 15

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass der Auftrag unklar ist. Es ist auch undeutlich, was der GR damit machen will. Es fehlt der Hinweis, was der GR will und wie der Auftrag behandelt werden soll. Theoretisch könnte man den Auftrag bis am 25. Mai 2011 stehen lassen. Die GPK ist deshalb der Meinung, dass der Auftrag aufrecht erhalten bleiben soll.

Gemeinderat Probst Andrea informiert, dass es ein Dilemma ist, dass man nicht genau weiss worum es geht. Der GR weiss es auch nicht genau. Es handelte sich um eine wirre Situation, als der Änderungsantrag eingebracht wurde. Formuliert wurde er eigentlich nie und steht auch nicht im Zusammenhang mit dem ursprünglichen Auftrag. Der Pedibus ist etwas anderes als der Schulbus. Der Schulweg liegt im Verantwortungsbereich der Eltern und nicht bei der Stadt Burgdorf. Der GR hat deshalb mit den Elternräten Kontakt aufgenommen um das Anliegen abzuklären. Das Anliegen kann aber nicht als politischer Vorstoss definiert werden.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, muss dieser Aussage widersprechen. Die GPK hat die entsprechenden Stadtratsprotokolle durchforstet. Mit dem Auftrag als solches kann sowas passieren. Der Auftrag wurde eingereicht und bevor über diesen abgestimmt worden ist, hat die GFL-Fraktion einen Zusatz eingebracht. Dieser Zusatz wurde Bestandteil des Auftrages. Der SR hat separat über den Auftrag abgestimmt. Der SR hat nur den Zusatzantrag der GFL-Fraktion überwiesen. Es handelt sich also um einen überwiesenen Auftrag der GFL-Fraktion. Der Auftrag wurde jedoch ursprünglich von der SP-Fraktion eingereicht. In diesem Rahmen handelt es sich auch um einen überwiesenen Auftrag. Deshalb ist wichtig, dass in Zukunft auf dem Papier der genaue Ablauf aufgeführt wird.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, erinnert sich an eine damalige heitere Diskussion im SR als es um den Pedibus ging. Es ist ganz einfach, denn es handelt sich um einen Auftrag der SP-Fraktion mit einem abgeänderten Wortlaut. Es war zwar ein Antrag der GFL-Fraktion, aber der SR hat den Antrag verabschiedet. Die GFL-Fraktion beantragt die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Antrag GFL
Aufrechterhaltung des Auftrages

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin kommt zum gleichen Schluss wie Stadträtin Mumenthaler Regina. Der GR hat einen Antrag zum Wortlaut der SP gestellt. Der gemeinderätliche Antrag wurde abgelehnt, aber nicht den Auftrag der SP-Fraktion. Mit der Zustimmung des Zusatzantrages der GFL-Fraktion wurde der Auftrag in abgeänderter Form überwiesen.

Der Stadtrat beschliesst mit 26 Ja Stimmen die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Vorstoss 16

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass der Auftrag noch bis am 14. September 2011 läuft. An der heutigen Sitzung wurde seitens des GR über die Stadtseiten informiert. Das Endresultat ist aber noch nicht vorhanden. Normalerweise wird ein Projekt nicht abgeschlossen bevor das Endresultat vorliegt. Die GPK hat mit 4 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, als Gegenantrag den Auftrag aufrecht zu erhalten.

Antrag GPK
Aufrechterhaltung des Auftrages

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth hat grundsätzlich nichts dagegen, aber gemäss Wortlaut muss der GR dem SR Bericht erstatten, wie die Bevölkerung von Burgdorf in Zukunft über das aktuelle Geschehen besser und direkt informiert wird. Der Bericht liegt nun vor. Es wurde also nichts anderes gefordert.

Der Stadtrat beschliesst mit 23 Ja Stimmen die Abschreibung des Auftrages.

Vorstoss 17

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass man mit 6 zu 1 Stimmen für die Aufrechterhaltung ist.

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin macht darauf aufmerksam, dass es sich um einen Auftrag der EVP-Fraktion und nicht der SP-Fraktion handelt.

Der Stadtrat beschliesst mit 10 zu 25 Stimmen bei 1 Enthaltung die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Vorstoss 18

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass man mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Abschreibung der Motion ist.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, bestreitet das Abschreiben der Motion nicht. Es geht jedoch um die Begründung des GR. Es sind zwei Kartonabfahrten geplant, nämlich im Februar und August. Dies wurde zwar angekündigt, aber kein Mensch wusste davon. Die Motion wurde überwiesen, weil das Volk eine Kartonabfuhr gewünscht hat. In der Antwort des GR steht, dass die weiteren Kartonabfahrten zeigen werden, ob eine genügende Nachfrage zu diesem Angebot besteht. Das heisst eigentlich, dass man es nicht mehr machen will. Zwei Mal im Jahr reicht nicht. Der Karton muss ein halbes Jahr irgendwo aufbewahrt werden. Etliche Leute werden deshalb wieder in die Baudirektion fahren. Die Baudirektion wird gebeten, das Angebot präziser zu kommunizieren. Zudem soll die Kartonabfuhr sechs Mal im Jahr durchgeführt werden. Der Abfallkalender würde dies zulassen. Es soll kundenorientiert gearbeitet werden.

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 19

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass die Sommernutzung im Aufgabenbereich des Verwaltungsrates der REZE AG liegt. Die GPK schliesst sich einstimmig dem Antrag des GR an.

Der Stadtrat beschliesst mit 32 Ja Stimmen die Abschreibung des Postulates.

Vorstoss 20

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass der Antrag des GR mit 6 zu 1 Stimmen unterstützt wird.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, ist nicht der Meinung, dass das Postulat bereits abgeschrieben werden soll. Der städtische Radweg ist noch nicht angeschlossen. Dieser Punkt ist noch nicht erfüllt.

Der Stadtrat beschliesst mit 22 Ja Stimmen die Abschreibung des Postulates.

Vorstoss 21

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass die Motion erfüllt ist. Die GPK schliesst sich einstimmig dem Antrag des GR an.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 22

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass mit 6 zu 1 Stimmen der Antrag des GR unterstützt wird.

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Ja und 2 Nein Stimmen die Aufrechterhaltung der Motion.

Vorstoss 23

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass man einstimmig den Antrag des GR unterstützt.

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Aufrechterhaltung des Postulates.

8. Sanierungsstrategie 2011

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen des SR ist die Eintretensfrage unbestritten. Der Vorsitzende verweist auf den eingereichten Abänderungsantrag der FDP-Fraktion sowie die Parlamentserklärung der GFL-Fraktion.

Stadtrat Ingold Rolf, namens der GPK, orientiert, dass der vorliegende Bericht mit den Anträgen über die Sanierungsstrategie 2011 der GPK an der ordentlichen Sitzung vom 3. Juni 2010 durch Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth, Stadtschreiber Schenk Roman und Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, erläutert wurde. Die GPK würdigt den vorliegenden Bericht und dankt dem GR und der Verwaltung für die umfangreichen Anstrengungen und der daraus entstandenen Massnahmen. Insbesondere nimmt die GPK mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der GR erkannt hat, dass er die Führungsarbeit übernehmen muss und soll. So wurden alle Direktionen aufgrund klar festgehaltener Vorgaben angehalten, ihre Produktgruppen im Detail zu überprüfen. Die Überprüfung hat Aufträge und Massnahmen zum Leistungskatalog, zu Mehreinnahmen und buchhalterischen Massnahmen beinhaltet. Die GPK entnimmt aus dem vorliegenden Bericht, dass es sich der GR und die verantwortlichen Direktionsleitungen dabei nicht einfach gemacht haben. Die Direktionen haben sich zusammen mit dem GR vertieft mit den Aufgaben und Kosten auseinandergesetzt. Die so zusammengetragenen Fakten wurden nach festgelegten Grundsätzen und Kriterien geprüft, beurteilt und schliesslich in Form des vorliegenden Berichtes als Sanierungsstrategie 2011 zusammengestellt. Die GPK schlägt dem SR die Anträge 1 und 2, Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes und Umsetzung der Sanierungsmassnahmen im Budget 2011 sowie im Finanzplan 2012-2014, einstimmig bei einer Enthaltung zur Kenntnisnahme vor. Zum Antrag 3, eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer um 0.2 Promille für das Budget 2011 einzuplanen, nimmt die GPK keine Stellung, da es sich um eine rein politische Entscheidung handelt. Die GPK hält jedoch noch einmal fest, dass wie im vorliegenden Bericht im Kapitel 6 erwähnt, eine Veränderung des Satzes der Liegenschaftssteuer gemäss Artikel 2 des Reglements über die Liegenschaftssteuer zusammen mit dem Beschluss des Voranschlages der laufenden Rechnung durch den SR jährlich festgesetzt werden muss.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass die Sanierungsstrategie den GR intensiv beschäftigt hat. Der GR hat den Eindruck, dass viel erreicht werden konnte. Der Bilanzfehlbetrag ist für das erste abgewendet und die Finanzsituation ist deutlich besser geworden. Das war auch das Ziel dieser Sanierungsstrategie. Der Prozess zur Sanierungsstrategie wurde in den Unterlagen ausführlich dokumentiert. Wie wurde das erste Etappenziel erreicht? Es war der gemeinsame Wille des GR und der Verwaltung. Zusammen ist man an diese Aufgabe herangetreten und alle haben ihre Verantwortung wahrgenommen. Die Verwaltung hat konkrete Vorschläge zu Sparmöglichkeiten aufgezeigt. Die politische Seite hat mit ihrer Bereitschaft, über die Parteigrenzen hinweg, ein konkretes, aber auch ausgewogenes Sparpaket zu schnüren, dazu beigetragen. Der GR hat nicht gegen einander diskutiert, sondern ist aufeinander zugegangen. Das hat dem Team gut getan und stärkt den GR auch für zukünftige ähnliche Aufgaben. Alle mussten Kompromisse eingehen. Nur so findet man eine tragfähige Lösung. In diesem Sinn dankt Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth ihren Kollegen und Kolleginnen im GR, aber auch den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Mit der Sanierungsstrategie konnte einiges erreicht werden, aber man ist noch nicht über dem Berg. Dies zeigen die Zahlen deutlich. Der GR ist sich bewusst, dass auch die künftigen Budgetierungsrunden eine Herausforderung sein werden. Sparen wird auch in den folgenden Jahren die Budgetdiskussion prägen. Das ist klar. Die Stadt Burgdorf hat ihre sinnvollen Investitionen in der Bildung, in der Jugend und dem Sport geleistet. Sparen ist jetzt halt die Kehrseite davon. Wir wollen aber nicht nur sparen. Der GR hat auch die Einnahmeseite überprüft. Dies wurde ebenfalls in den Unterlagen dokumentiert. Auch auf der Einnahmeseite konnte einiges erreicht werden. Vor einer Hürde stehen wir jetzt noch, nämlich die Erhöhung der Liegenschaftssteuer. Diese kann und muss vom SR beschlossen werden und ist ein wichtiger Teil der Sanierungsstra-

tegie 2011. Natürlich sind Erhöhungen von Steuern, auf welcher Stufe auch immer, grundsätzlich nicht beliebt. Der GR ist aber der Meinung, dass man auch bei dieser Massnahme mit Augenmass vorgegangen ist und einen zumutbaren Weg gefunden hat. Eine Massnahme die minim belastet und auf der anderen Seite spürbar entlastet. Für den einzelnen geht es um wenig, aber für die Gemeinschaft erreicht man damit aber eine grosse Wirkung. Darum wird der SR gebeten, diese Massnahme zu unterstützen. Bei den Personalmassnahmen wurde der Entscheid über die Aufteilung der NBU Nichtberufsunfallversicherung, je zur Hälfte von der Stadt und den Mitarbeitenden, sistiert. Im Rahmen der paritätischen Kommission will man zuerst die Rahmenbedingungen zu dieser Sparübung diskutieren und eine gute Lösung aushandeln. Danach werden die entsprechenden Beschlüsse definitiv im gegenseitigen Einvernehmen verfasst. In Burgdorf lebt man die Parität und schätzt das Personal. Das Personal ist einer der wichtigsten Ressourcen.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth in ihrem Votum aufgezeigt hat, welche grossen Anstrengungen seitens des GR und der Verwaltung unternommen wurden, um ein Ergebnis wie das vorgelegte präsentieren zu können. Die Vorgabe an jede Direktion, 10% weniger Saldo, war ambitiös und konnte dennoch weitgehend erzielt werden, ohne dass es bisher allzu fest weh tut. Mit diesen Massnahmen, die ausschliesslich in der Kompetenz des GR liegen, mit Ausnahme der Erhöhung der Liegenschaftssteuer, wurde das kurzfristige Ziel, nicht schon im 2011 in einen Bilanzfehlbetrag zu geraten, erreicht. Diese Massnahmen werden unabhängig davon, ob der SR von diesem Bericht positiv Kenntnis nimmt oder nicht, so oder so umgesetzt werden. Der Transparenz halber sei auch noch erwähnt, dass ein Bilanzfehlbetrag für 2011 auch verhindert werden kann, wenn der SR der beantragten Liegenschaftssteuernerhöhung nicht zustimmen sollte. Wie sieht die Finanzlage der Stadt Burgdorf wirklich aus? Mit der Verzichtsplanung II sind die Sparbemühungen in Bezug auf die laufende Rechnung ausgereizt worden, das heisst die Zitrone ist ausgepresst. Auch ohne zusätzliche Investitionsvorhaben gerät die Stadt Burgdorf im 2012 in einen Bilanzfehlbetrag von rund 1.5 Mio. Franken und im 2013 in einen solchen von 5.1 Mio. Franken. Ohne entsprechende Anpassung des Finanzplanes wären die Fehlbeträge gar 13.3 Mio. Franken im 2012 und 21.7 Mio. Franken im 2013. Artikel 54 Absatz 3 der Gemeindeordnung sieht vor, dass ein Bilanzfehlbetrag zwingend innert vier Jahren ab Entstehung ausgeglichen werden muss und dies jedes Jahr neu, wo ein solcher Fehlbetrag ausgewiesen wird. Gelingt dies nicht, ist es in extremis mit der Intervention des Kantons zu rechnen. Was bedeutet dies nun konkret? Die Kosten für die laufende Rechnung lassen sich nicht noch mehr minimieren. Dabei gilt es auch zu bedenken, dass in den vergangenen Jahren viele zusätzliche Kosten, im Schnitt etwa 1 Mio. Franken mehr als im Vorjahr, vom Kanton auf die Gemeinden abgewälzt werden. Diese Kosten müssen irgendwie aufgefangen werden. Zu erwähnen wäre dabei die familienergänzende Betreuungsangebote und die Schulsozialarbeit. Künftige Investitionsvorhaben, vor allem Grossprojekte wie die Markthalle, das Casino und der Bahnhofplatz kann die Stadt Burgdorf schlicht nicht mehr finanzieren ohne zusätzliche einschneidende Massnahmen. Die laufende Rechnung würde bei einer Markthallen- und Casinosanierung bis 2014 mit jährlich zusätzlichen Ausgaben von 0.8 Mio. Franken belastet und die Verschuldung würde von heute 67.5 Mio. Franken auf 93.5 Mio. Franken steigen. Die Stadt Burgdorf wäre dann bezüglich Verschuldung wieder dort, wo in den guten Jahren mit dem Schuldenabbau begonnen wurde. Was kann man in dieser Situation tun? Es scheint in diesem Zusammenhang wichtig, dass für die desolante Situation, in der wir uns heute befinden, wir alle, die Exekutive, die Legislative und das Stimmvolk, eine Mitverantwortung tragen. An dieser Stelle wird an das Eishallenprojekt REZE erinnert, das hier im Saal über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig genehmigt wurde, obwohl alle gewusst haben, dass die Stadt Burgdorf ein solches Projekt nicht finanzieren kann. Das Projekt REZE ist ein sehr gelungenes Projekt und der Bau war zweifellos nötig. Objektiv gibt es in dieser misslichen Situation eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder verbessern wir die Einnahmeseite, was letztlich nur über Steuererhöhungen geht. Da kann auch die Erhöhung der Einkommenssteuer nicht mehr tabu sein. Zur Erinnerung, ein Steuerzehntel bringt rund 2 Mio. Franken in die Stadtkasse. Oder man setzt auf der Ausgabenseite an und zwar so, dass es wirklich weh tut, das heisst durch Leistungsverzicht beziehungsweise Abbau des Service public. Dies führt letztlich auch zu einem deutlich spürbaren Personalabbau. Denkbar wäre allenfalls noch eine Kombination dieser beiden Möglichkeiten oder aber, in Hinblick auf die erwähnten Grossprojekte, die Prüfung von besonderen, noch nicht näher bekannten Finanzierungsmodelle wie zum Beispiel Desinvestitionen oder PPP-Modelle. Wenn wir wirklich eine Gesundung der Burgdorfer Finanzen wollen, dann müssen wir jetzt alle zusammenstehen und uns von ideologischem Muster lösen, was ohnehin nur zu einer gegenseitigen Neutralisierung durch die Blöcke führt und uns deshalb nicht weiterhilft. Wir müssen unter Einbezug aller politischen Kräfte einen pragmatischen Lösungsweg suchen, damit nicht am Tag X plötzlich der Kanton das Zepter in unserer Stadt übernimmt. Wenn wir alle wollen, dann finden wir

einen Weg. Und bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt. Bei der Liegenschaftssteuer wird der GPK für den Hinweis gedankt, dass der endgültige Entscheid richtigerweise erst bei der Behandlung des Vorschlages 2011 im November zu fällen ist. Der Antrag wurde entsprechend geändert. Für den GR ist es aber für den weiteren Verlauf des Budgetprozesses 2011 wichtig, den Puls des Stadtparlaments in dieser Frage zu spüren. Der Vorschlag einer moderaten Erhöhung der Liegenschaftssteuer um 0.2 ‰ ist ein Vorschlag für eine einnahmeseitige Massnahme, die es der Stadt zusammen mit weiteren Massnahmen ermöglichen soll, ihre Infrastruktur zeitgemäss zu sanieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Erhöhung der Liegenschaftssteuer bringt der Stadt Burgdorf wiederkehrende und sichere Einnahmen von rund Fr. 500'000.--, ohne dass dadurch die Standortattraktivität verloren geht. Auch wenn diese Massnahme aus bürgerlicher Sicht einen Einbruch in die reine Lehre darstellt. Das Argument, die Erhöhung treffe bloss eine Minderheit, nämlich das Gewerbe und die privaten Liegenschaftsbesitzer, ist zwar zutreffend, bloss eine Überlebensfrage ist diese Erhöhung für besagte Gruppe in keinsten Weise. Last but not least, mit 1.2 ‰ befindet sich die Stadt Burgdorf immer noch im Mittelfeld der bernischen Gemeinden und man ist noch meilenweit vom gesetzlich möglichen Maximum von 1.5 ‰ entfernt. Zu den Personalmassnahmen 2011 hat sich Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth bereits geäussert. Der GR hat im März 2010 beschlossen, die Hälfte der Kosten der Nichtberufsunfallversicherung dem Personal zu belasten. Dies entspricht einem Lohnabzug von 0.67 %. Das Personal fordert Kompensationsmassnahmen, über die zurzeit intensiv in der paritätischen Kommission verhandelt wird. Um den Verhandlungsprozess nicht zu gefährden hat der GR, nach Verfassen des Sanierungsstrategiepapiers, beschlossen, den Beschluss vom März 2010 zu sistieren, die NBU-Geschichte aus der Sanierungsstrategie herauszunehmen und im Rahmen des Budgetprozesses definitiv zu entscheiden. Der GR hat betreffend der aktiven Bodenpolitik entschieden, dass dieses Geschäft bis zum Abschluss der Sanierungsstrategie sistiert bleiben soll. Voraussichtlich im Herbst Winter 2010 / 2011 wird dem SR eine entsprechende Vorlage vorgelegt. In den vorliegenden Unterlagen wurden die im 2009 und 2010 erzielten Kapitalgewinne in der Höhe von 2.4 Mio. Franken als Erträge eingereicht. Falls auch diese Erträge in einen Fonds für aktive Bodenpolitik geleitet werden müssten, würde der Bilanzfehlbetrag entsprechend schlecht aussehen.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass ein gutes Papier vorliegt. Im Gegensatz zur kläglich gescheiterten Verzichtplanung I hat dieses Papier nun Fleisch am Knochen. Die Erkenntnis und der Wille zur Veränderung sind sichtbar. Es musste etwas geschehen und dies ist auch passiert. Die vorgeschlagenen Massnahmen leuchten ein. Die SP-Fraktion ist der Überzeugung, dass gewissen Orten noch mehr möglich ist. Von „nice to have“ Projekten müssen wir uns nun endgültig verabschieden. Die aufgezeigten Massnahmen reichen aber nicht, um kommende Investitionen wie die Markthalle oder das Casino zu verwirklichen. Um die Investitionen zu realisieren, muss auch die Einnahmeseite Anpassungen vorgenommen werden. Die SP-Fraktion hat bereits eingeleitet, dass die Konzessionsabgaben der Localnet AG erhöht werden. Dies reicht jedoch noch nicht. Ertragbare, aber zwar nicht ganz schöne Massnahmen, bei denen man sich nicht profilieren kann, ist die Erhöhung der Liegenschaftssteuer um 0.2 ‰. Diese Erhöhung ist für alle verkraftbar und gehört umgesetzt.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass die vorgeschlagene Sanierungsstrategie mit grossem Interesse studiert wurde. Die FDP-Fraktion hat bereits bei der Genehmigung der Rechnung 2008 sowie beim Budget 2010 darauf hingewiesen, dass es nur mit einer neuen Verzichtplanung, die vom GR in Zusammenarbeit mit den Direktionen erarbeitet wird, funktioniert. Die bürgerliche Seite hat bereits mit der sogenannten Verzichtplanung I ein solches Ergebnis realisieren wollen. Die Linken wollten aber damals nicht helfen. Es ist schlussendlich auch am Willen des GR gescheitert, dass nicht mehr erreicht wurde. Die Verzichtplanung II ist ein sehr gutes Papier. Die Vorschläge können durchaus in diesem Rahmen umgesetzt werden und bringen Einsparungen von rund 1.4 Mio. Franken. Bei der Erarbeitung des Papiers wurde sehr viel Zeit vom GR und der Verwaltung aufgewendet. Die FDP-Fraktion dankt für die geleistete Arbeit. Es ist ebenfalls wichtig, dass betreffend die beiden Grossprojekte Casino und Markthalle ein Investitionsstopp verhängt wurde. Der bereinigte Finanzplan zeigt erst für das Jahr 2012 ein Bilanzdefizit an. Mit diesem Hintergrund lehnt die FDP-Fraktion Steuererhöhungen auf Vorrat, wie es der GR für das Budget 2011 mit der Erhöhung der Liegenschaftssteuer vorschlägt, entscheidend ab. Seit Jahren erklärt die FDP-Fraktion, dass Steuererhöhung das allerletzte Mittel sei für eine Bilanzsanierung. Eine einseitige Mehrbelastung von Hauseigentümer wie es vorgeschlagen wird, kommt sicherlich nicht in Frage. Es geht nicht nur um die Fr. 100.-- oder 200.-- der privaten Hausbesitzer, sondern auch um die gewerblichen und industriellen Liegenschaften. In der Buchmatt gibt es Liegenschaften mit einem amtlichen Wert ab 14 Mio. Franken. Bei diesen Beiträgen kann man selber ausrechnen was das ausmacht. Die Firma müsste sonst plötzlich

bei den Personalkosten sparen, wenn sie höher Liegenschaftskosten bezahlen muss. Das Argument, es mache für den Einzelnen nicht viel aus, lässt die FDP-Fraktion nicht gelten. Auch die Vergleiche der Steuersätze in der Vorlage sind unangebracht, weil andere Kosten wie die Abfallentsorgung und Abwasser ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Würden diese Kosten ebenfalls beigezogen, wäre die Stadt Burgdorf eine eher teurere Gemeinde. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, wenn die Rechnung saniert werden muss, sollten sich auch alle daran beteiligen. Es kann sein, dass man einmal eine allgemeine Steuererhöhung in Betracht ziehen muss. Damit dem Stimmbürger eine Steuererhöhung schmackhaft gemacht werden kann, braucht es sicherlich eine Verzichtsplanung III, wo der ganze Dienstleistungskatalog ernsthaft hinterfragt wird und ebenfalls allfällige Outsourcing-massnahmen diskutiert. Weiter wäre auch ein Benchmarking mit ähnlich gelagerten Gemeinden interessant. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass sich der GR aufgrund der Komplexität der jetzigen Situation von einer Kommission mit Fachleuten beraten lassen soll, wie zum Beispiel eine Finanzplanungs- oder Finanzsteuerungskommission. Es übersteigt auch im SR die Möglichkeiten und man kommt nie richtig zu einem Ergebnis. Die FDP-Fraktion nimmt die Punkte 1 und 2 bei den Anträgen zustimmend Kenntnis. Für den Punkt 3 reicht die FDP-Fraktion einen Abänderungsantrag ein. Falls dieser Antrag vom SR abgelehnt werden sollte, wird die FDP-Fraktion bei der Schlussabstimmung den Punkt 3 ablehnen.

Abänderungsantrag FDP zu Punkt 3

Er beauftragt den Gemeinderat, im Voranschlag 2011 unverändert eine Liegenschaftssteuer von 1.0 Promille einzuplanen.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass man teilweise erfreut ist über die verschiedenen Ergebnisse in den diversen Direktionen bei dieser Sparübung. Die Sanierungsstrategie hat gezeigt, dass Sparmöglichkeiten in jeder Direktion vorhanden sind. Wenn alle am gleichen Strick ziehen, haushälterisch mit den Finanzen umgehen und auf gewissen Luxus verzichtet wird, ist es für die Stadt Burgdorf möglich, ihre finanzielle Schieflage auf Kurs zu bringen. Vor allem aber müssen in Zukunft die Ausgaben und Investitionen genau hinterfragt werden. Die Direktionsleitenden müssen mithelfen und abklären was wirklich notwendig für die Stadt Burgdorf ist. Die SVP-Fraktion kann die vorliegenden Anträge nicht befürworten. Es muss gespart werden, aber nicht auf Kosten der Bürger. Die Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist ganz und gar nicht die richtige Lösung. Es ist klar der falsche Weg, auf Kosten der Steuerzahler zu Mehreinnahmen zu gelangen. Die SVP-Fraktion wird der Sanierungsstrategie nicht zustimmen, weil die Erhöhung der Liegenschaftssteuer ein Teil der Sanierungsstrategie ist. Im Übrigen findet die SVP-Fraktion die Massnahmen mehr oder weniger gut. Die Erhöhung der Liegenschaftssteuer trifft junge Familien, Rentner mit einem tiefen Einkommen sowie die für Burgdorf wichtigen KMU und Industriebetriebe. Immer höhere Abgaben und Gebühren für Liegenschaftseigentümer und die hohen Kosten in Burgdorf für Abfall- und Abwasserentsorgung führen dazu, dass die Wohnungsmieten immer teurer werden. Die Wohnungsmieten sind bereits sehr hoch in Burgdorf. Wenn nun die Liegenschaftssteuer erhöht wird, verliert die Stadt Burgdorf klar an Standortattraktivität. Das kann nicht das Ziel sein um die Finanzen zu sanieren. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, dass über die Anträge des GR einzeln abgestimmt wird. Die SVP-Fraktion bittet den SR, den Antrag 1 abzulehnen, weil die falsche und am Ziel vorbei geschossene Liegenschaftssteuererhöhung in der Sanierungsstrategie verankert ist. Die Ziffer 2 wird nur angenommen, wenn diese klar und ohne Vorbehalt formuliert ist. Die Ziffer 3 wird von der SVP-Fraktion klar abgelehnt. Die SVP-Fraktion wehrt sich vehement dagegen, wenn nötig auch mit dem Referendum. Es kann nicht sein, dass die Stadt Burgdorf ihre Finanzprobleme auf die Steuerzahler abwälzt.

Antrag SVP

Über die Anträge des GR einzeln abstimmen.

Ziffer 2: Er nimmt davon Kenntnis, dass die ausgearbeiteten Sanierungsmassnahmen ~~unter Vorbehalt von nicht planbaren, unvorhergesehenen Veränderungen im Budget 2011 und im Finanzplan 2012 – 2014~~ umgesetzt werden.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die gute Arbeit. Die GFL-Fraktion nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass gewisse Einsparungen gemacht werden müssen. Stadtrat Grimm Christoph ist erstaunt über das Votum von Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth betreffend den NBU-Verträgen. Diese werden noch nicht umgesetzt, dabei handelt es sich um eine grössere Summe. Alle kantonalen Angestellten, die Bundesangestellten sowie im Gewerbe und in der Industrie bezahlen eigentlich die Mitarbeitenden die NBU-Beiträge. Die NBU-Beiträge dür-

fen noch diskutiert werden, aber man darf in Anspruch nehmen, dass diese Kürzungen auch vorgenommen werden. Die GFL-Fraktion hat festgestellt, dass geplant ist die Vergünstigungen von Schulreisen zu streichen. Man soll aber daran denken, dass es sich um Familien handelt, die eine Vergünstigung wahrscheinlich nötig haben. Die GFL-Fraktion begrüsst die geplante Parkgebührenerhöhung. Dies ist sinnvoll und kann eine lenkende Wirkung haben. Die GFL-Fraktion schlägt beim Strassenunterhalt vor, dass man sich grundsätzlich ein bisschen zurück hält. Wenn die Projekte zwei bis fünf Jahre zurückstellt, könnte eventuell etwas gespart werden. Die GFL-Fraktion unterstützt die Punkte 1 und 2 einstimmig. Die Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist moderat. Für die Stadt Burgdorf sind das im Jahr rund Fr. 500'000.-- und relativ viel. Seit einigen Jahren verschenken wir jedoch rund 2 Mio. Franken durch die damalige Steuersenkung. Diese wurde voreilig vorgenommen und alle Einwohner sowie das Gewerbe und die Industrie haben profitiert. Die GFL-Fraktion ist zwar nicht einstimmig der Meinung, dass deshalb alle zur Kasse gebeten werden sollen und nicht nur einzelne. Die GFL-Fraktion hat eine Parlamentserklärung eingereicht, welche verlangt, dass der GR zusammen mit dem Voranschlag 2011 eine moderate Steuererhöhung einplant. Diese Erhöhung bringt doppelt so viel wie die Liegenschaftssteuer. Wie bereits erwähnt wurde, sollte die Markthalle und das Casino saniert werden. Wir dürfen aber nicht totsparen. In den letzten 20 Jahren wurde grosszügig ausgegeben, danach wurde intensiv gespart und eine Mehrverschuldung will man nicht. Deshalb sollte mehr über die Steuern eingeholt werden. Der Kanton hat allen die Steuern gesenkt. Eine Erhöhung um einen halben oder ganzen Zehntel wäre verkräftbar. Die Sanierung der Markthalle und des Casino sind wichtig. In Zukunft wird es wichtig sein zu wissen, welche geplanten Projekte „nice to have“ oder „must to have“ sind. Die Stadt Burgdorf darf sich nicht viel mehr verschulden, deshalb müssen die Projekte genau abgeklärt werden. Der SR wird gebeten, die Parlamentserklärung anzunehmen.

Parlamentserklärung GFL

Der Gemeinderat nimmt zusätzlich zu den vorgeschlagenen Massnahmen auch eine moderate Erhöhung der Steueranlage in die Sanierungsstrategie 2011 auf. Diese Erhöhung ist in den Voranschlag 2011 einzuplanen.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR für die geleistete Arbeit. Die BDP-Fraktion teilt das Votum von Gemeinderat Urech Peter, dass alle mitmachen müssen. Die BDP-Fraktion kann aber das Votum, dass die Zitrone ausgepresst ist, nicht unterstützen. Wenn die Personalkosten um 2 Mio. Franken steigen können, werden eigentlich auch Mehreinnahmen erwartet. Wenn dies nicht der Fall ist, hat man irgendwo Personal geschaffen und konnte trotzdem nichts erreichen. Seitens der Verwaltung kann nicht mehr geboten werden, damit weitere steuerzahlende Leute nach Burgdorf kommen. Deshalb kann man 2 Mio. Franken beim Personal einsparen. Die BDP-Fraktion wird jegliche Sparübung mitmachen, lehnt aber jede Steuererhöhung klar ab.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, möchte zum Votum von Stadträtin Pieren Nadja betreffend die jungen Familien und die Liegenschaftssteuererhöhung Stellung beziehen. Stadtrat Berger Stefan hat selber keine Familie und ist auch kein Hausbesitzer, sondern ein normaler Bürger. Stadtrat Berger Stefan geht aber davon aus, dass eine junge Familie, die ein Haus kauft und die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ nicht tragen kann, gleichzeitig aber auf eine gute Infrastruktur angewiesen ist. Irgendwo muss man aber Kompromisse machen. Die rund Fr. 200.-- Mehrkosten sollten deshalb möglich sein.

Stadtrat Jakob Beat-U., namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man erfreut ist, dass trotzdem noch viel Fleisch am Knochen ist. Es wurde sehr gute und konstruktive Arbeit geleistet. Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass das Resultat auch dadurch zustande gekommen ist, weil die parteilichen Interessen zugunsten der Wichtigkeit der Sache in den Hintergrund gestellt wurden. Im SR erleben wir nun das Gegenteil. Jede Partei hat ihre Fixpunkte, wo feststeht was geht und was nicht. Der SR muss Kompromisse eingehen und der Gürtel muss enger geschnallt werden. Aus diesem Grund unterstützt die EVP-Fraktion die Punkte 1 bis 3.

Gemeinderat Urech Peter möchte auf das Votum betreffend Personalkosten Stellung beziehen. Gemäss Votum sollten bei 2 Mio. Franken mehr Personalkosten auch mehr Erträge festgestellt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch gesagt, dass die Zitrone noch nicht ausgepresst ist. Was sind das für entstandene Personalkosten? Die Schulsozialarbeit wurde im SR beschlossen. Bei der Schulsozialarbeit kann nicht mit Einnahmen gerechnet werden. Die jungen Familien und Hausbesitzer können auch davon profitieren, dass familienergänzende Betreuungsangebot vorhanden sind. Dieses

Angebot wird durch Personal betrieben und muss auch irgendwie bezahlt werden. Im Bereich des Sozialwesens sind Erhöhungen des Personals notwendig aufgrund der Fallzahlen. Diese Kosten können über den Lastenausgleich verrechnet werden. Es gibt viele Bereiche, bei denen nicht am Personal gespart werden kann. Man könnte zum Beispiel das Stadtmarketing abschaffen. Die Stellen und die dahinterstehende Arbeit müssen genau betrachtet werden.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth ergänzt, dass die Stadt Burgdorf die Infrastruktur ausgebaut hat mit einer Eishalle und der Dreifachturnhalle. Die Stadt Burgdorf ist nun fit für Familien, die Jugend und Bildung. Es ist komisch, wenn nun so schwarzgemalt wird und man der Meinung ist, wegen der Liegenschaftssteuerverhöhung um 0.2 % kommt niemand mehr nach Burgdorf. Bei den Umfragen kommt bei der Begründung warum man den Wohnort ausgesucht hat, immer zuerst die Infrastruktur, das Bildungsangebot, die Lebensqualität, das Kulturangebot und die Steuern erfolgen irgendwann am Schluss. Es kann zwar immer behaupten es sei anders, aber die Aussagen sprechen für sich. Der GR würde auch lieber auf eine Erhöhung der Liegenschaftsteuer verzichten, aber es handelt sich um eine angemessene Sache. Die Liegenschaftsteuer ist auf dem Verkehrswert aufgebaut. Es wurde bereits von Mehrkosten von Fr. 200.-- gesprochen. Bei diesem Betrag müsste die Liegenschaft einen Verkehrswert von 1 Mio. Franken aufweisen. Wer einen solchen Verkehrswert aufweisen kann, dem wird es auch möglich sein die Fr. 200.-- zu bezahlen. Der Gegenwert dafür, die Fr. 500'000.-- für die Stadt Burgdorf, müssen es uns wert sein.

Stadträtin Reusser Gabriele teilt mit, dass sie zu der betroffenen Gruppe einer jungen Familie mit Eigenheim gehört und es rührend ist wie man sie vor der kleinen Promilleerhöhung schützen will. Für Stadträtin Reusser Gabriele ist es wichtig in einer Stadt zu wohnen, wo die Infrastruktur gut ausgebaut und vielseitig ist. Der sorgfältige Umgang mit den Finanzen ist wichtig. Spätestens bei der Steuersenkung hat man keinen sorgfältigen Umgang gepflegt. Der SR wird deshalb gebeten, der Liegenschaftssteuerverhöhung zuzustimmen.

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin informiert, dass über die Beschlussanträge sowieso getrennt abgestimmt wird. Im Anschluss an die Abstimmung über die Beschlussanträge wird über die Parlamentserklärung abgestimmt. Im Weiteren informiert der Vorsitzende, dass gemäss Artikel 26e der SR zum Voranschlag, zum Finanzplan und zu Berichten, die dem Rat zur Kenntnis gebracht werden, eine förmliche Erklärung beschliessen kann. Diese hat den Charakter einer Richtlinie.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass beim Punkt 2 der Abänderungsantrag der SVP-Fraktion unterstützt wird und der GR seinen Antrag zurückzieht.

Beschlussanträge

1. Der Stadtrat nimmt vom Bericht „Sanierungsstrategie 2011“ zustimmend Kenntnis.

Der Stadtrat stimmt mit 24 Ja und 8 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Antrag zu.

2. Er nimmt davon Kenntnis, dass die ausgearbeiteten Sanierungsmassnahmen umgesetzt werden.

Der Stadtrat stimmt mit 34 Ja Stimmen dem Antrag zu.

3. Er beauftragt den Gemeinderat, im Voranschlag 2011 eine Erhöhung der Liegenschaftsteuer von gegenwärtig 1.0 Promille auf 1.2 Promille einzuplanen.

Abänderungsantrag FDP

Er beauftragt den Gemeinderat, im Voranschlag 2011 unverändert eine Liegenschaftsteuer von 1.0 Promille einzuplanen.

Der Stadtrat stimmt mit 18 gegen 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Abänderungsantrag der FDP zu.

Parlamentserklärung GFL

Der Gemeinderat nimmt zusätzlich zu den vorgeschlagenen Massnahmen auch eine moderate Erhöhung der Steueranlage in die Sanierungsstrategie 2011 auf. Diese Erhöhung ist in den Voranschlag 2011 einzuplanen.

Der Stadtrat lehnt grossmehrheitlich die Parlamentserklärung ab.

9. Gemeinderatsreform

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen des SR ist die Eintretensfrage unbestritten. Der Vorsitzende informiert, dass schriftlich Ordnungs- und Abänderungsanträge der FDP- und SP-Fraktionen vorliegen. Zudem hat Stadtschreiber Schenk Roman ein ergänzendes Papier erarbeitet. Dieses liegt dem SR vor. Dieses Papier beinhaltet den Kommissionsantrag im vollen Wortlaut.

Stadtrat Rappa Francesco, Präsident der nichtständigen Kommission Gemeinderatsreform, teilt mit, dass an der Stadtratssitzung vom 17. November 2007 die FDP Burgdorf ihre städtische Volksinitiative zur Professionalisierung des GR mit 1'082 Unterschriften eingereicht hat. Der Initiativtext sah vor, dass die Exekutive der Stadt Burgdorf von heute sieben auf fünf Mitglieder verkleinert wird. Anstelle eines Hauptamtes und sechs Nebenämter sind variable Pensen vorgesehen. Das Stadtpräsidium sollte auch in Zukunft ein Vollpensum wahrnehmen. Die Initiative ist im Juni 2007 gestartet worden. Für das Sammeln der Unterschriften stand ein Jahr zur Verfügung. Nötig war die Unterschrift von zehn Prozent der Burgdorfer Stimmberechtigten. 1'051 Unterschriften waren es am Einreichungstag. Die Gemeindeordnung der Stadt Burgdorf sollte in den Artikeln über den GR entsprechend revidiert werden. Die Lancierung und Einreichung der Initiative für die Professionalisierung des GR durch die FDP Burgdorf hat im Parlament und im GR zu Grundsatzüberlegungen zur Reform der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit geführt. Die vom SR an der Sitzung vom 3. März 2008 beschlossene Einsetzung der Kommission zur Reform des GR führte dazu, dass die FDP ihre Volksinitiative zur Professionalisierung des GR zurückzog. Die Debatte im SR hat gezeigt, dass die politische Bereitschaft für die Reform, ungeachtet von wahltaktischen Überlegungen, insgesamt klar vorhanden war und nach wie vor ist. Die Einsetzung der nichtständigen Kommission erfolgte am 26. Januar 2009. Die Kommission wurde beauftragt, mindestens zwei Modelle, davon mindestens ein Modell mit fünf und mit sieben Gemeinderatsmitgliedern, zur Reorganisation des GR auszuarbeiten. Wobei zu den Modellen konzeptionellen Aussagen erwartet werden. Diese Unteraufträge werden an dieser Stelle nicht mehr erwähnt, es ist aber darauf hinzuweisen, dass sich die Arbeit der Kommission dadurch sicherlich nicht vereinfacht hat, sondern erschwert. An der ersten Kommissionssitzung vom 12. Mai 2009 wurde als erstes über die Vergabe eines Beratermandates debattiert. Herr Dr. Daniel Arn, ein Spezialist bester Güte, wurde sodann der Auftrag erteilt. Der Kick-Off des Projektes, respektive die zweite Kommissionssitzung erfolgte dann am 13. Juni 2009, also mehr oder weniger genau vor einem Jahr. Als Präsident hatte Stadtrat Rappa Francesco das Ziel, eine konstruktive, intensive aber auch effiziente Zusammenarbeit zu erlangen sowie dem SR einen umfassenden Bericht vorzulegen und entsprechende Empfehlungen abzugeben um einen Beschluss im Juni 2010 zu ermöglichen. Diese Ziele wurden erfüllt. Am 14. Oktober 2009 wurde zusätzlich für die Parteien eine Informationsveranstaltung, im Sinne einer Vernehmlassung, durchgeführt. Die Kommission wollte die Weiterarbeit und vor allem die Vertiefungsarbeit in den Modellen, breit abgestützt wissen. Der SR hat nun gemäss Auftrag fristgerecht einen umfassenden Bericht und die entsprechenden Empfehlungen in Form von Anträgen zur hoffentlich ebenso konstruktiven Debatte erhalten. Es wäre das Ziel, dass der SR bereits heute zu einem Beschluss kommen und so dem GR die nötige Zeit zur Umsetzung geben kann. Stadtrat Rappa Francesco dankt den Kommissionskollegen und -kolleginnen, der Verwaltung, dem GR und den Parteien für die interessanten Zusammenkünfte und konstruktiven Beiträgen.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass der GR und die Verwaltung ihre Überlegungen ebenfalls in den Bericht einfliessen lassen konnten. Der Dank gilt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Es liegt nun eine gute Grundlage vor. Es werden spannende Diskussionen erwartet.

Stadtrat Gnehm Urs, namens der BDP-Fraktion, bedankt sich bei der nichtständigen Kommission für ihre gute und intensive Arbeit. Der Bericht zeigt auf, dass viel und gut gearbeitet worden ist und dass

sämtliche Varianten in Betracht gezogen wurden. Bei der Führungsstruktur spricht sich die BDP-Fraktion mehrheitlich dafür aus, dass die Kompetenz zur Bestimmung über die Führungsstruktur beim GR bleibt. Bei der Ressortorganisation ist die BDP-Fraktion einstimmig der Meinung, den Beschlüssen der Kommission sei zuzustimmen. Bei den Entschädigungen kann sich die BDP-Fraktion den Überlegungen der Kommission nicht anschliessen. Aus Sicht der BDP-Fraktion ist die aufgezeigte Anhebung der Entschädigung um deutlich über Fr. 100'000.-- als nicht massvoll. Es kann nicht sein, dass der GR und SR bei allen Ressorts Sparübungen verlangt und gleichzeitig Entschädigungen von über 65% erhält. Die Erhöhung der Entschädigung wird von der BDP-Fraktion einstimmig abgelehnt. Beim Modellentscheid konnte sich die BDP-Fraktion nicht auf ein Modell einigen. Beide Modelle weisen Vor- und Nachteile auf, so dass sich die BDP-Fraktion der Stimme enthalten wird.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass man sich ausführlich mit der Gemeinderatsreform befasst und die verschiedenen erarbeiteten Modelle einander gegenüber gestellt hat. Wie bereits bei der Vernehmlassung mitgeteilt, unterstützt die SVP-Fraktion das Modell Miliz 5 mit Ressortzuteilung oder das Modell Miliz 7 mit Ressortzuteilung. Nach Meinung der SVP-Fraktion muss es auch in Zukunft möglich sein, dass eine normal angestellte Person zusätzlich das Arbeitspensum von 10 bis 15 Stellenprozente auf sich nehmen kann. Mit dem Modell Miliz 5 mit Ressortzuteilung ist dies jedoch nicht mehr machbar, weil das Arbeitspensum reduziert werden müsste um im GR tätig zu sein. Um sich in die geschäftlich zuständigen Ressorts einzuarbeiten, muss zwingend eine Ressortzuteilung vorgenommen werden. Jedes Mitglied des GR wird von den Direktionen unterstützt. Gestützt auf die erarbeiteten Unterlagen der Gemeinderatskommission unterstützt die SVP-Fraktion das Modell 7 mit Ressortzuteilung einstimmig.

Stadträtin Reusser Gabriele, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass mit dem Bericht eine ausführliche Auslegung mit allen Vor- und Nachteilen der drei verschiedenen Gemeinderatsmodelle vorliegt. Die SP-Fraktion hat die drei Modelle intensiv diskutiert und bevorzugt das Milizamt für den GR und ein 7-er Gremium, also das Modell B7. Der Bericht zeigt klar, dass beim Modell B die Ressortverteilung optimiert und die Führungsstruktur überdenkt werden muss. Die SP-Fraktion unterstützt die Erstellung eines Pflichtenheftes für den GR. Der GR wird aufgefordert, die Chance zu nutzen. Es wäre schade, wenn der GR die Erkenntnis aus diesem Bericht nicht umsetzen würde. Deshalb hat die SP-Fraktion zwei Abänderungsanträge eingereicht.

Antrag SP

Ressortorganisation Kapitel 2.9.

Punkt 4: Die bestehende Verwaltungsstruktur ist bei der Optimierung der Ressorts entsprechend anzupassen.

Umsetzungsplanung Kapitel 1

Text ergänzen Die angepasste Verwaltungsstruktur sowie die Begründung für die vom Gemeinderat gewählte Führungsstruktur ist dem Stadtrat in der Infoveranstaltung vom August 2011 vorzulegen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass von der Vorlage mit gemischten Gefühlen Kenntnis genommen wird. Der Auftrag an die Kommission ist in formeller Hinsicht erfüllt. Die Kommission hatte den Auftrag mindestens zwei Modelle, ein 5-er und 7-er Modell, zu prüfen. Die weiteren Prüfpunkte des Auftrages sind erfüllt. Die FDP-Fraktion dankt der Kommission, insbesondere dem Kommissionspräsident Rappa Francesco, für die geleistete Arbeit. Die FDP-Fraktion unterstützt einstimmig die Teilbereiche Führungsstruktur und Ressortorganisation. Bei diesen beiden Punkten ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass dem Entscheid der Kommission zugestimmt werden kann. Für die FDP-Fraktion hängt viel vom Modellentscheid ab. Die FDP-Fraktion unterstützt das Modell A mit 5 Gemeinderäten. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass man bei den beiden Hauptpolen, die politische Abstützung und Effizienz, eher die Effizienz bevorzugt. Die FDP-Fraktion hätte wohl mit diesem Modell keine zwei Sitze mehr im GR. Die FDP-Fraktion hat entsprechend einen Gegenantrag eingereicht. Bei den Entschädigungen hat die FDP-Fraktion einen Abänderungsantrag eingereicht, weil man der Meinung ist, dass insbesondere wenn der SR einem 7-er Modell zustimmt, die Erhöhung in diesem Ausmass grundsätzlich problematisch ist. Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, sich bereits an eine Erhöhung zu binden und in diesem Ausmass zu bewilligen, weil die Wirkung gegen aussen nicht vergessen werden darf. Beim Modell B ist die Wahrnehmung von aussen im Sinn von ausser Spesen nichts gewesen. Es bleibt alles gleich, ausser, dass mehr Geld ausbezahlt wird. Hier muss deshalb

aufgepasst werden. Es ist bekannt, dass für jedes Modell die Entschädigungen im Bericht erwähnt sind. Die FDP-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass eine solche markante Heraufsetzung der Entschädigungen nicht einfach so bestätigt werden kann. Das Entschädigungsreglement müsste sowieso im SR behandelt werden und untersteht zudem dem Referendum. Wie die gesamte Arbeit gewürdigt wird, hängt sehr stark vom gewählten Modell ab. Bleibt man beim 7-er Modell ist der Ertrag der Kommission bescheiden. Dies ist aber kein Vorwurf an die Kommission. Wenn sich eine Mehrheit im SR für das Modell A entscheidet, ist die FDP-Fraktion bereit für Veränderungen.

Antrag FDP

Ordnungsantrag, die Reihenfolge bei der Behandlung der Anträge der Kommission wie folgt zu ändern bzw. festzulegen:

- III. 1.7 Führungsstruktur
- III 2.9 Ressortorganisation
- IV. Modellentscheid
- III 4.5 Entschädigungen
- V. Umsetzung
- Ganzer Bericht

Änderungsantrag zum Antrag III. 4.5 Entschädigungen

Die Entschädigungen seien wie im Bericht dargestellt **vorbehältlich der Höhe der gesamten Stellenprozente und der Höhe der einzelnen Stellenprozente der nebenamtlichen Gemeinderatsmitglieder** zu bestätigen.

Änderungsantrag zum Antrag IV. Modellentscheid

Das Model **B A (7 5 Gemeinderatsmitglieder mit Ressorts)** sei im Rahmen des Berichts umzusetzen.

Änderungsantrag zum Antrag Ganzer Bericht

Vom Bericht sei **ablehnend** Kenntnis zu nehmen.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass man sich mit diesem Geschäft relativ schwer getan hat. Die GFL-Fraktion hat für alle drei Modelle eine gewisse Vorliebe. Stadtrat Grimm Christoph wird nur zum Modell B7 Stellung beziehen. Es ist klar, es ist wie die beiden anderen auch kein Sparmodell. Die Mehrheit der GFL-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt Burgdorf keinen Versuch in dieser Richtung starten soll. Die Direktionen sollen klar definierte Vorgesetzte haben. Dies ist wichtig für die Organisation und Zuständigkeit sowie die Abläufe und Rollen der Direktionen und Mitarbeitenden. Die Korrekturen bei der Belastung der Direktionen werden unterstützt. Das 7-er Modell ist lebbarer und weniger belastend neben einem anderen Job. Es werden eher noch Leute gefunden die das Amt übernehmen möchten. Im Fall einer Fehlbesetzung würde sich dies weniger stark auswirken. Das Pflichtenheft für den GR ist wesentlich. Die Mehrheit der GFL-Fraktion unterstützt das Modell B7.

Stadträtin Mumenthaler Regina informiert, dass sie von den Modellen 5 und 7 nicht begeistert ist. Zudem ist sie enttäuscht, dass bei der Kommissionsarbeit, obwohl viel und intensiv gearbeitet wurde, nichts Innovativeres heraus gekommen ist. Stadträtin Mumenthaler Regina hat bereits in der Kommission das Modell 3 ohne Ressort vertreten. Damit würde der GR eine strategische Rolle einnehmen. Das Modell 3 wird eventuell noch von weiteren Personen unterstützt. Das Modell 3 hat auch seine Vorteile. Es ist kein Argument zu sagen, dass dieses Modell noch nirgends umgesetzt ist. Zudem wurde in der Kommission nie darüber diskutiert, wie dieses Modell ausgestaltet werden soll. Die Diskussion darüber wurde immer abgeblockt. Stadträtin Mumenthaler Regina hat genaue Vorstellungen zu diesem Modell. Es ist nicht nur ein Argument dafür, sondern auch dagegen, wenn gesagt wird, dass der GR mit Ressortverantwortung lobbyieren kann. Der GR soll einen Blick für das Ganze aufbringen und nicht für eine einzelne Direktion. Es hat es ja bereits gegeben, dass sich ein Mitglied des GR an seiner Direktion fast überarbeitet hat. Die Ausgestaltung der Projektarbeit muss geleistet werden und sollte kein Problem darstellen. Es wäre möglich, die Arbeit so zu verteilen, dass alle auf ihre Rechnung kommen. Stadträtin Mumenthaler Regina plädiert für das Modell C ohne Ressortzuteilung.

Antrag Stadträtin Mumenthaler Regina

Modell C (7 Gemeinderatsmitglieder ohne Ressort)

A b s t i m m u n g

Antrag FDP

Ordnungsantrag, die Reihenfolge bei der Behandlung der Anträge der Kommission wie folgt zu ändern bzw. festzulegen:

III. 1.7 Führungsstruktur

III 2.9 Ressortorganisation

IV. Modellentscheid

III 4.5 Entschädigungen

V. Umsetzung

Ganzer Bericht

Der Stadtrat weist mit 12 Ja und 21 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen den Antrag der FDP ab.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, weil der Ordnungsantrag abgelehnt wurde der Änderungsantrag zurückgezogen wird. Die FDP-Fraktion wird sich der Stimme enthalten.

1. Vom Bericht sei Kenntnis zu nehmen.

Der Stadtrat stimmt dem Punkt 1 mit 28 Ja Stimmen bei 7 Enthaltungen zu.

2. Die Zuständigkeit zum Entscheid über die Führungsstruktur sei weiterhin beim Gemeinderat zu belassen.

Der Stadtrat stimmt dem Punkt 2 einstimmig zu.

3. Die Beschlüsse der Kommission zur Ressortorganisation seien wie vorliegend zu bestätigen.

Antrag SP

Ressortorganisation Kapitel 2.9.

Punkt 4: Die bestehende Verwaltungsstruktur ist bei der Optimierung der Ressorts entsprechend anzupassen.

Die Beschlüsse der Kommission zur Ressortorganisation seien mit der geänderten Ziffer 4 wie vorliegend zu bestätigen

Der Stadtrat stimmt dem abgeänderten Punkt 3 grossmehrheitlich zu.

4. Die Entschädigungen seien wie im Bericht dargestellt zu bestätigen.

Antrag FDP

Änderungsantrag zum Antrag III. 4.5 Entschädigungen

Die Entschädigungen seien wie im Bericht dargestellt **vorbehältlich der Höhe der gesamten Stellenprozente und der Höhe der einzelnen Stellenprozente der nebenamtlichen Gemeinderatsmitglieder** zu bestätigen.

Der Stadtrat stimmt dem Abänderungsantrag der FDP mit 21 Ja und 13 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

5. Modellentscheid (Gegenüberstellung der diversen Anträge)

Antrag FDP

Änderungsantrag zum Antrag IV. Modellentscheid

Das Modell **B A** (7 5 Gemeinderatsmitglieder mit Ressorts) sei im Rahmen des Berichts umzusetzen.

Antrag Stadträtin Mumenthaler Regina

Modell C (7 Gemeinderatsmitglieder ohne Ressort)

Der Stadtrat stimmt grossmehrheitlich dem Modell A zu.

Antrag FDP

Änderungsantrag zum Antrag IV. Modellentscheid

Das Modell **B A** (7 5 Gemeinderatsmitglieder mit Ressorts) sei im Rahmen des Berichts umzusetzen.

Antrag Kommission

Das Modell B (7 Gemeinderatsmitglieder mit Ressorts) sei im Rahmen des Berichts umzusetzen.

Der Stadtrat stimmt mit 28 Stimmen dem Modell B zu.

6. Der Umsetzung sei wie vorgeschlagen zuzustimmen.

Antrag SP

Umsetzungsplanung Kapitel 1

Text ergänzen Die angepasste Verwaltungsstruktur sowie die Begründung für die vom Gemeinderat gewählte Führungsstruktur ist dem Stadtrat in der Infoveranstaltung vom August 2011 vorzulegen.

Der Stadtrat stimmt dem Abänderungsantrag der SP mit 28 Stimmen zu.

10. Auftrag Fraktion der Grünen Freien Liste Burgdorf betreffend Erhalt der Steuereinnahmen

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass angesichts der vorhergehenden Abstimmung über die Steuererhöhungen der Auftrag zurückgezogen wird. Die GFL-Fraktion wird aber zu gegebener Zeit einen erneuten Vorstoss einreichen.

Der Auftrag wird zurückgezogen.

11. Motion SP-Fraktion betreffend „Sichere Radwegverbindung Viehmarktplatz – untere Altstadt“

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, ist erfreut, dass sich der GR des Problems bewusst ist und mit sofortigen Massnahmen reagieren will. Die Stadt Burgdorf ist Velostadt, aber es sind gewisse Verbesserungsmassnahmen möglich. Die SP-Fraktion hält am ganzen Motionstext fest. Die Schranke beim Haldenweg ist nicht optimal, sondern eher gefährlich. Die Motion soll nicht abgeschrieben werden, da diese noch nicht umgesetzt ist.

Gemeinderat Kolb Martin informiert, dass man nicht gegenteiliger Meinung ist als die Motionäre. Der GR ist der Meinung, dass die Quersicherungen im Bereich Viehmarktplatz und Schafrothareal nicht ideal ist. Der GR ist mit dem Kanton daran, die Querungsstellen Sägegasse anzuschauen beziehungsweise umzusetzen. Die Sanierung der Strasse erfolgt in den Jahren 2012 bis 2014. Der GR ist ebenfalls mit dem Kanton in Verhandlung, mögliche Sofortmassnahmen entsprechend umzusetzen. Deshalb beantragt der GR den Punkt 1 zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Der GR ist

beim Punkt 2 der Meinung, dass die bestehende Schranke die Verlangsamung der Fahrzeuge klar erbringt. Deshalb beantragt der GR den Punkt 2 zur Ablehnung.

Gemeinderat Kummer Hugo orientiert, dass der GR um die Gefährlichkeit dieser Strasse weiss. Es hat sich leider einen tragischen Fall an dieser Strasse ereignet. Diese Strasse gehört jedoch dem Kanton. Die Stadt Burgdorf kann deshalb nur mitwirken, aber nicht selber bestimmen. Man ist jedoch zurzeit in Verhandlungen mit dem Kanton und es laufen Sofortmassnahmen. Der Fussgängerstreifen soll eventuell verlegt werden.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass die Sofortmassnahmen begrüsst werden. Leider dauert es immer etwas lang bis gute Vorhaben durch Mitwirkungen umgesetzt werden. Die Ortsdurchfahrt wurde durch eine lange Mitwirkung soweit gebracht, dass diese umgesetzt werden kann. Es dauerte rund sieben bis acht Jahre. Sofortmassnahmen sollten lieber einmal mehr und früher umgesetzt werden, als zu spät. Es soll schnell reagiert werden. Die GFL-Fraktion ist nicht einverstanden, dass das Anliegen abgeschrieben werden soll obwohl es noch nicht umgesetzt ist.

Gemeinderat Urech Peter informiert, dass es sich um eine Kantonsstrasse handelt und die Stadt Burgdorf dem Kanton nicht vorschreiben kann, was dieser zu tun hat. Die Stadt Burgdorf kann höchstens Empfehlungen abgeben.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, orientiert, wenn der Kanton nicht Hand bietet, es vielleicht Möglichkeiten im angrenzenden Areal gibt. Die Situation kann zum Beispiel im angrenzenden Areal verbessert werden. Vom Schafrotharela her fahren viele Velofahrer die 50 Meter auf dem Trottoir bis zum Fussgängerstreifen. Es sind auch Kinder von dieser Situation betroffen. Die Gemeinde müsste, falls der Kanton nicht mitmacht, eine andere Lösung finden. Deshalb soll das Anliegen nicht abgeschrieben werden.

Gemeinderat Kolb Martin verweist auf den Motionstext. Dieser verlangt klar, dass das Anliegen in Zusammenhang mit der Ortsdurchfahrt umgesetzt wird. Es geht nicht um das Schafrothareal. Der GR wird sich beim Kanton entsprechend für das Anliegen einsetzen.

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin informiert, dass gemäss Artikel 28 Absatz 5 des SR-Reglements Motionen im Einverständnis mit der Motionärin oder dem Motionär teilweise zur Abstimmung gebracht werden.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, stimmt der teilweisen Abstimmung zu.

Beschlussantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat Punkt 2 abzulehnen und Punkt 1 zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Punkt 1

Der Stadtrat überweist den Punkt 1 an den Gemeinderat und schreibt diesen mit 18 Ja und 16 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen gleichzeitig ab.

Punkt 2

Der Stadtrat lehnt mit 21 Stimmen den Punkt 2 ab.

12. Motion SP-Fraktion betreffend „EnergieWendeBurgdorf: Strategie zum Atomausstieg und Umstieg auf erneuerbare Energien“

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass man erfreut über die Antwort des GR ist. Ohne die Motion wäre die Möglichkeit wohl nie überprüft worden. Für die SP-Fraktion ist klar, dass der Verzicht auf Atomstrom im Energierichtplan verankert werden soll. Das Ganze ist aber nur

der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung. Es braucht noch weitere Anstrengungen im Hinblick auf eine zukunftsweisende Energiestrategie. Primär dürfte die Energieeffizienz im Vordergrund stehen.

Gemeinderat Kolb Martin informiert, dass die Antwort relativ ausführlich ausgefallen ist. Im Zusammenhang mit dem Richtplan Energie und der entsprechenden Energiestrategie werden auch entsprechende quantifizierte und messbare Ziele formuliert. Im Rahmen der 2000 Watt Gesellschaft wird es notwendig, dass die Absenkpfade auf das Niveau entsprechend formuliert werden. Die Thematik des Atomausstieges gehört ebenfalls dazu. Das Thema kann aber nicht isoliert auf Gemeindeebene, sondern muss auch auf nationaler und kantonaler Ebene diskutiert werden. Im Rahmen des Richtplanes, welcher im Moment in Ausarbeitung ist, wird eine breite Diskussion stattfinden. Die verschiedensten Interessenverbände und Parteien können sich dazu entsprechend äussern. Wenn der Atomausstieg von der Bevölkerung wirklich gewünscht wird, kann sich jede Person überlegen, ob er die erneuerbare Energie bereits gewählt hat. In Burgdorf beziehen lediglich 0.4 % also 284 Kunden und Kundinnen den Ökostrom. Das ist nicht unbedingt eine Meisterleistung. Jedermann ist also gefordert. Es ist gut und recht, wenn gesagt wird, dass man auf Atomstrom verzichten will. Es können entsprechende Wasserzertifikate eingekauft werden. Wenn die Nachfrage nach diesen Wasserzertifikaten ansteigt, wird auch der Preis steigen. Der GR ist sich der ganzen Problematik bewusst und ist bereit, in Zusammenarbeit und Rücksprache mit der Localnet AG den Marketing-Gag Energiestadt entsprechend auszuarbeiten. Bis zur Genehmigung des Richtplanes sollen ebenfalls solche Wasserzertifikate eingekauft werden. Im Zusammenhang mit dem Richtplan muss der Strombezug der Stadt Burgdorf ebenfalls diskutiert werden. Es soll nicht nur eine Ökorumantik aufkommen, sondern eine realistische, wirtschaftliche und klimafreundliche Energieproduktion nachgegangen werden. In diesem Sinn lehnt der GR die Motion ab.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, dankt der SP-Fraktion für diesen Vorstoss. Die Energiewende ist notwendig und auch möglich, aber der Wille muss da sein. „Bern erneuerbar“ ist die lancierte und eingereichte Initiative der GFL. Studien belegen, dass es mit erneuerbarer Energie zumindest im Kanton Bern möglich ist. Die Energiewende hat vier wichtige Punkte wie die Steigerung der Energieeffizienz, das Energiesparen und die Entsorgung von radioaktivem Abfall. Wir wissen gar nicht was die 2000 Watt Gesellschaft bedeutet. Man ist nicht glaubwürdig, wenn die Motion abgelehnt wird und gleichzeitig die 2000 Watt Gesellschaft vorantreiben will. Die Entsorgung von radioaktivem Abfall ist überhaupt nicht gelöst. Beim Bau des AKW Mühleberg war die Auflage, dass die Endentsorgung bis ins Jahr 2003 gelöst ist. Davon sind wir aber noch meilenweit entfernt. Studien belegen, dass mit 100 % erneuerbare Energien gefahren werden kann. Bis ins Jahr 2035 hat man die gleiche Wirkung mit der erneuerbaren Energie wie mit einem Grosskraftwerk. Es hat auch einen Vorteil hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, Umwelt, Beschäftigung und Risiken. Das grosse Stromeffizienzpotenzial muss jetzt umgesetzt werden. Die Localnet AG bietet etwas an und hat überhaupt nichts mit einem Marketing-Gag zu tun. Die Localnet AG bietet auf Basis der Freiwilligkeit etwas an. Die Freiwilligkeit versagt total. Reine Lippenbekenntnisse in einem Leitbild bringen nichts. Der GR ist zwar einverstanden, aber lehnt den Vorstoss trotzdem ab. Das kann und darf nicht sein. Betreffend der Stromlücke und dem Angebot und der Nachfrage, stellt sich die Frage wo das Problem liegt. Betreffend das Risiko wissen die Fachleute, dass im Golf von Mexico ein Schaden von 100 Mio. US-Dollar anfallen wird. In der Schweiz gibt es Versicherungen von bis zu wenigen Milliarden Franken für atomare Unfälle. Die Stadt Burgdorf muss ein Zeichen setzen. Die Localnet AG ist auf dem besten Weg dazu. Der Ökostrom kostet nicht viel mehr, hat aber eine grosse Wirkung. Die GFL-Fraktion bittet den SR, die Motion an den GR zu überweisen.

Der Stadtrat überweist mit 16 Ja und 16 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten die Motion an den Gemeinderat.

13. Postulat FDP-Fraktion betreffend Überprüfung des Einsatzes von Sozialinspektorinnen und -inspektoren in Burgdorf

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Stellungnahme des GR sehr ausführlich ist. Der GR stellt den Antrag auf Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulates. Der Bericht ist erfüllt und deshalb wird dem Antrag auf Überweisung und gleichzeitige Abschreibung zugestimmt.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette informiert, dass vor drei bis vier Jahren dieses Thema für heisse Köpfe gesorgt hat und zwar nicht nur in der Politik, sondern auch in den Fachgremien und Sozialdiensten. In der Zwischenzeit ist es viel ruhiger geworden und man hat Pilotprojekte durchgeführt und ausgewertet. Der Kanton Bern wird dies einführen. Die Stadt Burgdorf hat geprüft, ob das Anliegen vorgezogen werden soll. Da die Stadt Burgdorf keine ideologischen Scheuklappen hat, wird das Anliegen in Burgdorf eingeführt. Die Sozialinspektoren werden bei einem begründeten Verdacht nötig sein. Da in Burgdorf bereits ein solcher Fall bekannt ist, wird ein entsprechender Vertrag im Sommer unterschrieben. Der GR empfiehlt die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Der Stadtrat überweist das Postulat mit 32 Ja Stimmen an den Gemeinderat und schreibt gleichzeitig einstimmig das Postulat ab.

14. Interpellation SP-Fraktion betreffend Nutzung der Alten Sägegass-Turnhalle als Veranstaltungsort

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, begrüsst, dass die Nutzung der Turnhalle als Veranstaltungsort wieder möglich ist. Mit dem allgemeinen Rauchverbot ist der Nutzungskonflikt sowie so etwas entschärft. Mit der Installation einer fixen Bühne wird eine grosse Hürde abgebaut. Die Stadt Burgdorf muss aber weiterhin vor Augen haben, dass man einmal ein richtiges Konzertlokal benötigt. Die SP-Fraktion ist jedoch nur teilweise von der Antwort des GR befriedigt. Ob sich die Stadt Burgdorf gegen oder für einen Abriss der Halle ist, hätte sich der GR mit einem deutlichen Ja oder Nein erklären können anstatt die Frage zu ignorieren.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

15. Interpellation SP-Fraktion betreffend Überbauung Uferweg

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass das vorliegende Projekt am Uferweg nicht realisierbar ist. Das Projekt zerstört den in Burgdorf fehlende Wohnraum mit günstigen Mietzinsen und ein gut funktionierendes soziales Netz. Zudem sprechen auch ästhetische Aspekte gegen das Projekt. Für die SP-Fraktion stehen die sozialen Aspekte im Vordergrund. In Burgdorf entstehen im Moment viele Wohnungen im mittleren und teureren Segment. Billigen Wohnraum gibt es in Burgdorf kaum mehr. Man hat es jahrelang verschlafen, sich darum zu kümmern. Der Abbruch der Wohnblöcke am Uferweg würde ein völlig falsches Signal setzen. Die Pläne müssen nochmals überdenkt werden. Die Stadt Burgdorf muss zu günstigem Wohnraum Sorge tragen.

Gemeinderat Kolb Martin verweist auf die relativ umfassenden Ausführungen sowie auf die Informationen an der Stadtratssitzung vom 29. März 2010. Die Fragen wurden an diesem Tag bereits umfassend und ausführlich beantwortet. Es handelt sich um einen demokratischen Prozess.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man von den Antworten des GR teilweise befriedigt ist. Insbesondere bei den Fragen 3 und 5 ist man gar nicht auf die eigentlichen Fragen eingegangen. Ausgerechnet diese Fragen, wie man das Ganze abfedern will, wurden elegant umgangen.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

16. Interpellation Michael Ritter (FDP) betreffend Zukunft der städtischen Liegenschaft Kornhausgasse 12 (ehemaliges Jugendhaus)

Stadtrat Ritter Michael informiert, dass er mit der Antwort des GR teilweise befriedigt ist. Etwas unbefriedigend ist, dass man bei einer solchen Liegenschaft auf Ideen warten muss. Das Warten wird beim Kornhaus wahrscheinlich ziemlich lange dauern.

Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

17. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Urs Pfister (CVP) betreffend Sparmassnahmen
- Motion Urs Pfister (CVP) betreffend ¼ Stunden-Takt Busverkehr
- Motion der Fraktion Grünen Freien Liste betreffend Änderung des Sozialpreisreglements
- Motion der Fraktion Grünen Freien Liste betreffend erweiterte Möglichkeit der Akteneinsicht
- Motion der Grünen Freien Liste betreffend Kindergerechte Pausenräume auf allen Schulanlagen Burgdorfs
- Motion Urs Pfister (CVP) betreffend Produktegruppe 1100 – P Stadtmarketing
- Dringliche Interpellation Daniel Friedli, SVP, und Christoph Wyss, BDP, betreffend Erweiterung Schulanlage Pestalozzi (Das Büro des Stadtrates stimmt der Dringlichkeit zu.)
- Dringliche Interpellation GFL-Fraktion betreffend Pausenraumgestaltung Schulhaus Pestalozzi (Das Büro des Stadtrates lehnt die Dringlichkeit ab.)
- Dringliche Interpellation GFL-Fraktion betreffend Prämienzahlungen bei Bauaufträgen der Stadt Burgdorf (Das Büro des Stadtrates lehnt die Dringlichkeit ab.)
- Interpellation Urs Pfister (CVP) betreffend Einnahmen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus öffentlichen Ämtern und Nebenbeschäftigungen

Stadträtin Mumenthaler Regina regt die Sitzungskadenz an. Eine dringlich eingereichte, aber nicht dringlich erklärte Interpellation wurde an der heutigen Sitzung traktandiert. Zudem bestand ein Rückstau an Vorstössen. Dies hat sich ergeben, weil der SR eine längere Sitzungspause hatte. Die Terminplanung des SR soll im nächsten Jahr besser geplant werden. Einige Geschäfte hätten auch Ende Mai behandelt werden können. Eine solche Monstersitzung soll nicht mehr vorkommen. Es liegt ein Bericht zur Kulturfinanzenevaluation vor. Der GR soll dies an der Informationsveranstaltung im August traktandieren. Über die Kulturfinanzierung muss dringend informiert werden. Die GFL-Fraktion verabschiedet Stadträtin Steinmann Christine und Stadtrat Grimm Christoph und dankt den beiden für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Haller Dieter, Präsident der Volksschulkommission, informiert über die Volksschulkommission. Im SR wird die anstehende Revision des Schulreglements auch noch für Diskussion sorgen. Die Volksschulkommission steht mit dem GR und der Bildungsdirektion seit vielen Monaten in Auseinandersetzungen. Der GR will die Kompetenzverteilung in der Führung der Volksschule neu ordnen. Der GR steuert das Geschäft. Es ist ein wichtiges Geschäft und geht um die Frage, wie die Volksschule in der Bevölkerung, Politik und Verwaltung verankert werden soll. Die Volksschulkommission hat das Geschäft eigentlich abgeschlossen. Die Volksschulkommission hat viel Zeit in die Diskussionen gesetzt und ihre Haltung auf sechs Seiten festgehalten und begründet. Die Volksschulkommission verweist darin auf zwei mögliche Varianten wie die Organisation gestaltet werden kann. Der GR wird gebeten, bei diesem wichtigen Thema eine breite politische Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, dankt Stadträtin Zaugg Christine für ihre geleistete Arbeit und bedauert ihren Austritt aus dem SR.

Stadtrat Bucher Theophil macht nochmals auf die Broschüre von Pro Velo Burgdorf aufmerksam.

Stadratspräsident Aeschlimann Martin teilt mit, dass im Stadthaus wie üblich für den Schlummertrunk reserviert ist. Der Vorsitzende wünscht allen eine schöne Solätte und angenehme Sommerferien.

Schluss der Sitzung: 23.05 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadratspräsident

Für das Protokoll



Martin Aeschlimann

Brigitte Henzi